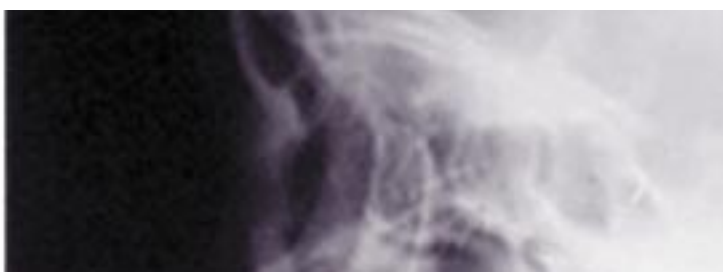
tendenz

Zeitung der JungdemokratInnen / Junge Linke
A7408F-JD/JL Greifswalder Strasse 4 10405 Berlin

2 SCHWERPUNKT	4 EMANZIPATION	5 BILDUNG	9 ANTIFA	10 GLOBAL
Flüchtlings- und Sozialpolitik Grundrechte Soziale Bewegung	Drogen, Antidiskriminierungsgesetz, außerdem: Agnete und Ole	Videoüberwachung an Unis Hochschulen, Lehrstellenmangel	Rechtsruck in der EU, Erinnerungskultur	Migration, IStGH, Interviews, Radikal Reisen

Soziale Bewegungen in Europa

Hinter die Kulissen schauen!



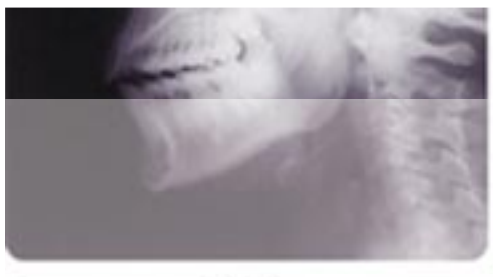
Immer wieder hört man davon: soziale Bewegungen. Warum ist sie gerade so gewichtig? Und welche Möglichkeiten bietet sie für eine demokratische Linke?

„Heute sind in Berlin 500.000 Menschen auf die Straße gegangen, um gegen einen bevorstehenden Krieg im Irak zu demonstrieren. In Rom versammelten sich gar ...“ vermeldet Ullrich Wickert am 15. Februar 2003 in der Tagesthemen. Mona war auch in Berlin. Sie hatte sich schon vorher an Aktionen gegen den Krieg beteiligt. Die waren cool, meint Mona, viele Vorbeigehende sind stehen geblieben, um zu gucken und sich mit Mona und ihren Leuten auszutauschen. In der Tagesthemen wird so etwas aber natürlich nicht gezeigt.
Maike ist empört: Da behauptet doch einer, dass es möglich sei, kapitalistische Globalisierung gerecht zu gestalten. Aber was erwartet man denn schon von einem Grünen?! Maike geht das nicht weit genug. Sie vertritt, dass eine Gesellschaft, die darauf angelegt ist, Ungleichheit zu produzieren, trotz aller Bemühungen nicht gerecht sein kann. Deshalb fordert sie eine demokratische Weltwirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Eine soziale Bewegung entsteht...
Das Handeln von Mona und Maike ist kein Einzelfall. Denn seit Ende der 90er Jahre haben soziale Bewegungen vor allem im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich stark an Bedeutung gewonnen. Mit dem Ende der Blockkonfrontation hat sich weltweit ein neoliberales Gesellschaftskonzept durchgesetzt. Damit haben sich gesellschaftliche Konstellationen und Argumentationen, denen die Menschen vielerorts gegenüberstehen, zu gleichen begonnen. So sehen sich Einwohner verschiedener Länder beispielsweise mit Standortslogiken, die sich unmittelbar auf ihre eigene soziale Stellung auswirken, konfrontiert. Auch können sozialpolitische Regelungen von den neoliberalen Akteuren zunehmend nicht mehr national, sondern nur noch international entwickelt und beschlossen werden, wie sich derzeit etwa an den Verhandlungen um das GATS-Abkommen zeigt. Sich einer solchen Politik entgegenzustellen, erfordert auf der Seite der Gegner ebenfalls eine internationale Vernetzung, die den Protest national stärken und international als Gegeninstitution wahrgenommen werden kann. Ein Austausch zwischen den Kritikern ist nun Dank der neuen technischen Möglichkeiten ohne Aufwand oder große finanzielle Mittel nahezu umfassend möglich. Informationen können damit zeitnah an einen nahezu unbegrenzt großen Adressatenkreis verbreitet werden.
...die Linke reagiert!
Diese Umstände versetzen die demokratische Linke in eine ambivalente Situation: Auf der einen Seite muss sie feststellen, dass ihr Gegenüber, eine globale neoliberale Politik, durch eine feingliedrige, verbindliche Vernetzung und durch eine vermeidlich unüberwindbare Sachzwanglogik an Akzeptanz weltweit gewonnen hat. Andererseits kann sie sich ein neues Handlungsfeld jenseits nationalstaatlicher Grenzen erschließen und neue Aktionsformen erproben. So wurde bei den Protesten in Genua erstmals eine Entwicklung zu einer europäischen linken Bewegung erkennbar. Auch nahmen besonders in den letzten fünf Jahren Austauschprozesse zu, und die linke Politik verstärkte ihren europäischen Bezug.
Welche Entwicklung eine europäische Bewegung nehmen wird, ist jedoch noch nicht absehbar. Veranstaltungen wie das zweite Europäische Sozialforum (ESF) im November in Paris sollen Raum bieten, um nach gemeinsamen Erfahrungen, Schnitt- und Bruchpunkten suchen zu können. Bei dieser Entwicklung von Strategien ist es unbedingt von Nöten, Einfluss auf die europäische Linke und ihre Bezugnahme zu nehmen. Mögliche Aktionsfelder einer europäischen linken Politik findet ihr ihm Schwerpunkt dieser Ausgabe.

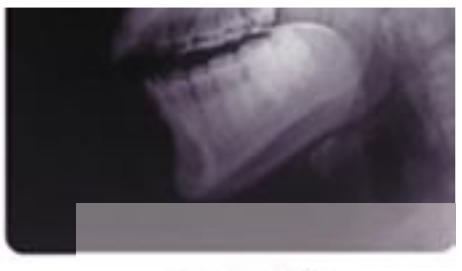
Mittendrin statt nur dabei!
Maike und Mona haben zwei wichtige Erfahrungen bei ihren politischen Aktivitäten gemacht: Nicht nur ist es notwendig, sich an linken Aktionen und Debatten überregional bis international zu beteiligen. Auch müssen dabei verschiedene Ansatzpunkte erkannt und mit ihnen umgegangen werden. Ziel muss es sein, eine europäische, solidarische Diskussionskultur zu stärken und aktiv in politische Prozesse zu intervenieren.

- Lena Kreck

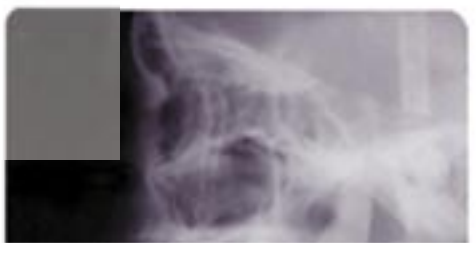


[i]

[u]



[eng]



Der Kommentar

Am Rande der Demokratie: Agenda 2010

Die Agenda 2010 ist Ankündigung eines umfassenden Umbaus des Arbeitsmarktes, der Sozialsysteme sowie einer Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der konkrete Umbau ist in vielerlei Hinsicht und Bereichen derzeit noch offen bis unklar und es lässt sich schwerlich bestimmen, ob mit der Agenda 2010 eine ‚ganz neue’ Richtung eingeschlagen oder nicht eher der alte Weg in großen Schritten fortgesetzt wird.

Das mindert freilich nicht die Dramatik der jüngst beschlossenen und diskutierten Maßnahmen. Verschärfte Zumutbarkeitskriterien und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau werden nicht zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führen, sondern vor allem Personen aus dem rechtmäßigen Leistungsbezug verdrängen sowie zur Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung beitragen. Vehementer Druck und Leistungskürzung zielen vornehmlich darauf ab, jede Arbeit attraktiv und möglichst billig zu machen. Mit den geplanten Maßnahmen im Gesundheitssystem werden die Lasten der gesundheitlichen Absicherung noch stärker als bisher den Einzelnen aufgebürdet. Gesundheit wird damit zu einem kostbaren Gut, das sich nur noch leisten kann, wer über das nötige Kleingeld für eine private Vorsorge verfügt.
Als Zwischenbilanz ist unmissverständlich festzustellen: Die Agenda 2010 treibt den Sozialabbau und damit die soziale Segmentierung der Gesellschaft voran.

Also eher alles beim Alten? – nicht ganz: Neu ist der politische Stil. Mit Hartz und Rürup wurden Sachverständigen-Kommissionen eingesetzt, die vorgeblich jenseits parteipolitischer Interessen über die notwendigen Schritte in den jeweiligen Bereichen beraten sollten. Sachkenntnis ist sicherlich keine Disqualifikation bei der Entscheidungsfindung. Doch die Auswahl der Sachverständigen ist selektiv und interessenpolitisch geleitet. So waren in der Hartz-Kommission Arbeitslosen- und Sozialhilfeorganisationen überhaupt nicht vertreten. Aber vor allem werden die Entscheidungen dem allgemeinen Urteil und der öffentlichen und demokratischen Kontrolle entzogen. Sachdebatte und Entscheidungsprozess finden nicht länger im Rahmen parlamentarischer Prozesse und demokratischer Öffentlichkeit statt, sondern werden auf eine in keiner Weise demokratisch legitimierte Kommission ausgelagert. Dem Parlament werden lediglich die Ergebnisse präsentiert und sowohl im Falle Hartz als auch Rürup seitens der Regierungs- und Spitzenfunktionärskreise Druck auf die Abgeordneten aufgebaut, die Kommissionsvorschläge nicht zu ‚zerreden’, sondern im Ganzen zu ‚akzeptieren’. Das Parlament verkommt auf diese Weise vollends zu einem reinen Abnick-Gremium.

Jenseits machtpolitischer Interessen offenbart sich hier auch eine autoritäre Grundhaltung: Die Regierung misstraut der Bevölkerung und den gewählten Vertreterinnen und Vertretern, die alle immer nur ‚haben, haben, haben’ und nicht wissen wollen, was das Interesse des ‚Großen-Ganzen’ ist. Rettung versprechen hier nur die Experten mit ihrer ‚Wahrheit’ verkündenden Expertinnenmeinung. Die vorgeschlagenen Maßnahmen erscheinen als objektive Notwendigkeiten und Sachgesetzlichkeiten. Dabei ist das, was sich hinter dem Schleier vermeintlich objektiven Sachverstands verbirgt auch nichts anderes als ‚wohlverstandenes Eigeninteresse’.

- Stefanie Janczyk

Europäisches Asylrecht in den Klauen nationalstaatlicher Interessen

Als Tiger gesprungen – als Bettvorleger gelandet

Seit dem Amsterdamer Vertrag von 1999 hat die Europäische Union die Kompetenzen für die Schaffung eines harmonisierten Asylrechts. Auf einer Rats-Tagung in Tampere hatte sich die EU verordnet innerhalb von fünf Jahren eine umfassende Grundlage für ein gemeinsames Asylsystem zu schaffen. Die Genfer Flüchtlingskonvention sollte die normative Grundlage bilden. In der nachfolgenden Zeit wurden von der Kommission Richtlinienentwürfe u.a. zur Flüchtlingsdefinition, zum Asylverfahren und zu den Mindestrechten von Asylbewerbern im Asylverfahren vorgelegt. Die aus Brüssel erarbeiteten Standards waren vergleichsweise hoch.

Deswegen war zu hoffen, dass der Wettlauf der Restriktionen zwischen den europäischen Staaten gestoppt werden konnte. Ein gemeinsames Asylrecht könnte für alle europäischen Mitgliedstaaten die gleichen Standards setzen und die Konkurrenz um das schärfste Asylrecht und die besten Abschottungsstrategien aufhalten.

Nach vier Jahren Verhandlungen ist die Ernüchterung groß. Nationalstaatliche Interessen überwiegen. Vor allem die deutsche Bundesregierung setzt auf Blockade. Bei der Richtlinie zur Flüchtlingsdefinition und des so genannten ergänzenden Schutzes hat Innenminister Schily noch immer an sechzehn Punkten sein Veto eingelegt, obwohl auf dem Ratstreffen in Thessaloniki Ende Juni 2003 eigentlich die Verhandlungen abgeschlossen sein sollten.

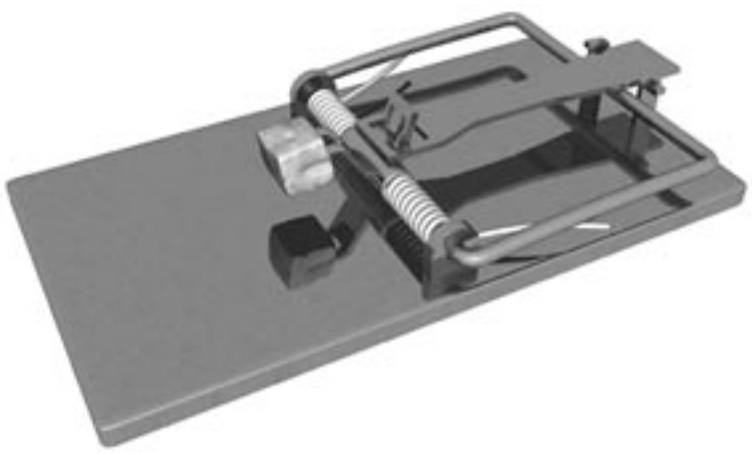
Ein zentraler Vorbehalt bezieht sich z.B. auf die Frage der Berücksichtigung „nichtstaatlicher Akteure“ beim ergänzenden Schutz. Auch wer nicht im engeren Sinne Flüchtling ist, soll sogenannten ergänzenden Schutz erhalten, und zwar auf Grundlage der internationalen Menschenrechtsabkommen, vor allem die Europäische Menschenrechtskonvention. In dem Richtlinienentwurf wird im Einklang mit der gefestigten Rechtsprechung des Mensche nrechtsgerichtshofes ein Abschiebungsverbot auch dann gewährleistet, wenn die Gefahr der Folter und unmenschlicher Behandlung durch nichtstaatliche Organisationen droht. Die deutsche Praxis steht im Widerspruch zur Rechtsprechung des Gerichtshofs und zur europäischen Staatenpraxis. Deutschland will Opfer von Gewaltanwendung durch nichtstaatliche Akteure vom ergänzenden Schutz ausschließen.

Der Grund für die deutschen Blockadehaltung ist die nationalstaatliche Borniertheit eines Otto Schilys. Den Innenminister will sein Lebenswerk krönen und ein Zuwanderungsgesetz – falsch etikettiert als „das modernste in Europa“ (Schly) - auf nationalstaatlicher Ebene auf Biegen und Brechen mit der CDU/CSU schaffen und nimmt dabei das Scheitern des EU-Vergemeinschaftun gsprozesses billigend in Kauf.

Die CDU/CSU übertrifft die europafeindliche Haltung des Bundesinnenministers noch. In ihren 128 Änderungsanträgen zum Zuwanderungsgesetz will sie noch einmal Schlachten des letzten Jahrhunderts schlagen: Obwohl mittlerweile zwischen allen Mitgliedsstaaten der EU unstrittig ist, dass Opfer nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung in den Schutzbereich der Genfer Flüchtlingskonvention fallen, will sie an der nicht völkerrechtskonformen deutschen Praxis festhalten.

Die arbeitsteilige Blockadehaltung zwischen Bundesinnenministerium und CDU/CSU schädigt den asylrechtlichen Vergemeinschaftu ngsprozess nachhaltig. Sie wird sich mittelfristig als politischer Bumerang erweisen. Das ständige Düpieren europäischer Verhandlungspartner wird sicherlich an anderer Stelle quittiert werden.

- Marei Pelzer



Gewerkschaften und europäische Integration

Gewerkschaften in der "Europa-Falle"?

Die europäische Integration ist für die europäischen Gewerkschaften eine große Herausforderung. Ihre traditionellen Strategien, auf nationaler Ebene über Tarifverträge und Gesetzgebung, Löhne und Arbeitsbedingungen dem Wettbewerb weitest möglich zu entziehen, befinden sich in einer tiefen Krise.

Kern des europäischen Integrationsprojektes ist es, einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu schaffen, in dem sich Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit barrierefrei bewegen können. Mit Öffnung der nationalen Märkte wurden die Möglichkeiten nationaler Wirtschaftspolitik drastisch eingeschränkt, ohne gleichwertigen Ersatz auf europäischer Ebene zu schaffen. Zudem bleibt die Sozialpolitik größtenteils auf nationaler Ebene angesiedelt und ist damit dem Druck der Standortkonkurrenz innerhalb Europas ausgeliefert. Für die europäischen Gewerkschaften bedeutet dies, dass ihre Verhandlungsposition im nationalen Kontext massiv geschwächt wird und erkämpfte Lohn- und Sozialstandards unter Druck geraten.

Vor diesem Hintergrund konkurrieren in den europäischen Gewerkschaften unterschiedliche strategische Optionen: erstens die Verteidigung der Reste nationaler Souveränität bzw. der Kampf um die Rücknahme der europäischen Integration, zweitens eine nationale Wettbewerbsorientierung über „Bündnisse für Arbeit” oder drittens die aktive Einflussnahme der Politik auf europäischer Ebene im Sinne internationaler Solidarität, etwa durch perspektivische Vereinheitlichung der europäischen Tarifpolitik sowie Schaffung europaweiter Arbeits- und Sozialstandards.

Praktisch war die Gewerkschaftspolitik auf europäischer Ebene bis Ende der 80er Jahre defensiv ausgerichtet. Eine gemeinsame „konstruktive” Europapolitik gab es kaum. Ihr Dachverband, der 1973 gegründete Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), konnte sich nur selten auf gemeinsame Forderungen bei der Entwicklung der europäischen Integration einigen. Zu weit lagen die Vorstellungen von der Bewahrung nationaler Souveränität und der Schaffung eines supranationalen sozialen Europas auseinander. Dies trug mit dazu bei, dass sich die europäische Integration als „negative” Wirtschaftsintegration in den 80er Jahren durchsetzen konnte.

Inzwischen hat sich in weiten Teilen der europäischen Gewerkschaften eine grundsätzliche positive Bezugnahme auf eine umfassende europäische Sozialregulierung durchgesetzt. Allerdings gehen die Vorstellungen über das „Wie” noch weit auseinander: So zum Beispiel, ob soziale Themen künftig mit Mehrheit entschieden werden und inwieweit sie Vorgaben für die nationalen Systeme machen sollen. Oder aber auch, ob der zentralen Hebel für die Demokratisierung der EU die Stärkung des Europäischen Parlaments oder die Stärkung der nationalen Parlamente ist.

Bisher konnten deshalb auch nur geringe gewerkschaftliche Erfolge (vor allem in den Bereichen Arbeitsschutz und Beteiligungsrechte der Beschäftigten) verbucht werden. Hierfür sind neben Defiziten bei den Gewerkschaften natürlich auch das Desinteresse von Arbeitgebern und den meisten Regierungen an verbindlichen Sozialstandards und einer sozialen Wirtschaftspolitik verantwortlich. Dennoch: Für die Gewerkschaften muss es vorrangig darum gehen, eine einheitliche europäische Gewerkschaftsstrategie zu entwickeln, an die sich die nationalen Gewerkschaften gebunden fühlen und die sie deshalb nachdrücklich gegenüber „ihren“ nationalen Regierungen vertreten. Nationale Bündnisse für Arbeit, in deren Mittelpunkt die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit durch Senkung der Arbeitskosten steht, sind mit einer solidarischen europäischen Gewerkschaftspolitik unvereinbar. Eine solidarische Europapolitik setzt zudem die grundsätzliche Bereitschaft voraus, verstärkt Finanzen, Personal und Kompetenzen auf die europäische Gewerkschaftsebene zu transferieren. Erfolg wird eine solche Orientierung jedoch nur dann haben, wenn es gelingt, ihren Forderungen mit europaweiten Aktionen (Streiks, Aktionstage, Großdemonstrationen etc.) den nötigen Nachdruck zu verleihen. Die gemeinsame Mobilisierung zu EU-Gipfeln seit Ende der 1990er stellt hier einen viel versprechenden Ansatz dar. Dieser könnte, verknüpft mit dem Schwung der globalisierungskritischen Bewegung, zu einem wirkungsvollen Kampf für ein demokratisches und soziales Europa ausgebaut werden.

- Pascal Meiser

Europäische Sozialpolitik

Ein soziales Europa ist möglich!

Der Prozess der europäische Integration basiert auf mehreren Entwicklungssträngen, die keineswegs parallel verlaufen. Auf der einen Seite stehen wirtschaftlichen Anforderungen der Privatisierung, Flexibilisierung und Deregulierung. Die soziale Situation in den Mitgliedstaaten auf der anderen Seite wird unter den Bedingungen der Stabilitätsanforderungen der Erfüllung der Gemeinschaftsverpflichtungen untergeordnet. Haushalts- und damit Sozialpolitik muss auf die Erfordernisse der aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und den Konvergenzkriterien folgenden, marktfördernden Einspargeboten ausgerichtet sein.

Dies führte zum sozial- und lohnpolitischen Auseinanderdriften zwischen Regionen und Ländern. Statt dem Prinzip der Angleichung wurde die Unterschiedlichkeit zum Leitbild der Politik, das Missverhältnis zwischen ökonomischer Liberalisierung und sozial- und arbeitspolitischer Prekarisierung verschärfte sich. Sozialausgaben werden als vermeidbarer Kostenfaktor betrachtet, Sozialpolitik als Standortnachteil bewertet. Im politischen Diskurs werden unter dem Stichwort race to the bottom die Befürchtungen geschürt, dass nicht nur die Belastung der Unternehmen mittels Abgaben und Steuern die Abwanderung, vor allem in die neue Peripherie in Ost- und Mitteleuropa, zur Folge hätten, sondern dass in umgekehrter Migrationsbewegung zu hohe Sozialstandards potentielle Empfänger anlocken könnten.

Es gibt aber Alternativen zur neoliberalen Verallgemeinerung, sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene. Der Hauptweg zur Veränderung verläuft über eine intensive europäische und eng koordinierte nationale Beschäftigungspolitik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung. Dazu müssen makroökonomisch die Geldpolitik gelockert, die Finanzpolitik auf Expansion orientiert, eine breit angelegte Arbeitszeitverkürzungskampagne aufgelegt und die Einkommensverteilung zugunsten der Löhne und Gehälter korrigiert werden. Darüber hinaus müssen Strukturpolitiken wie die Regional-, die Industrie-, die Agrar-, und die Sozialpolitik in eine sozioökonomische Gesamtplanung integriert werden.

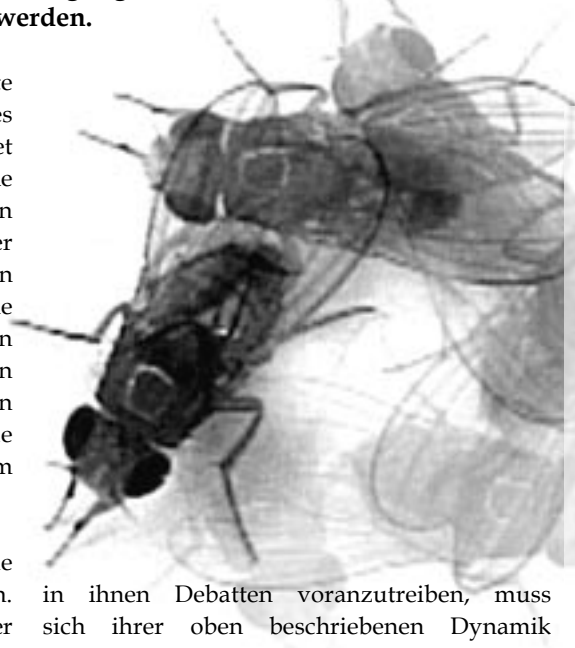
Ein Europäisches Sozialmodell (ESM) steht dabei als Leitidee im Zentrum des alternativen Integrationsprojektes. Die Entwicklung des ESM steht im Kontext der Wiederbelebung der europäischen Integration als Reaktion auf die Krise der nationalstaatlich verfassten keynesianischen Sozialmodelle zu Beginn der achtziger Jahre. Für die EU werden zur Regulation folgende Grundhaltungen abgeleitet: eine makroökonomische Wachstumspolitik auf europäischer Ebene vor allem über eine expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die Verhinderung von Steuer- und Sozialdumping durch rechtlich verbindliche europäische Richtlinien, die Einführung qualifizierter Mehrheitsverfahren in der EU-Steuerpolitik und - bei Aufrechterhaltung des wohlfahrtsstaatlichen Sicherungsniveaus - die Stärkung der aktiven beschäftigungspol itischen Maßnahmen. Ein Schwerpunkt liegt hier auf dem Kampf gegen die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit. Nach außen muss die Politik ergänzt werden durch die Reform der internationalen Finanzmärkte mit dem Ziel, diese besser kontrollieren zu können. Instrument hierfür könnte beispielsweise die sog. Tobin-Tax sein. Institutionell könnten diese Maßnahmen auf europäischer Ebene ihren Niederschlag in der Einrichtung eines Europäischen Stabilisierungsfonds für Beschäftigung und der Ausweitung der demokratischen Kontrolle der Geld-, Fiskal- und Wechselkurspolitik finden. Gleichzeitig müssen die sozialen Sicherungssysteme in einer starken europäischen Sozialverfassung ihre rechtliche Absicherung finden. Nur wenn es gelingt, die Krise des Wohlfahrtsstaates im europäischen Rahmen durch massive Reichtumsumverteilung und Schaffung gemeinsamer
verbindlicher sozialer Leistungsansprueche statt neoliberaler Deregulierung samt den daraus folgenden sozialen und infrastrukturellen Verwerfungen aufzulösen, wird der Integrationsprozess eine dauerhafte und stabile ökonomische, soziale und demokratische Europäischen Union hervorbringen.

- Thomas Winhold

Hauptsache irgendwie weiterbewegen?

Zur Globalisierungsbewegung in Europa

Bereits auf dem ersten Europäischen Sozialforum (ESF) präsentierte sich ein breites Spektrum sozialer und demokratischer Organisationen, Gruppen und Netzwerken. Manch einer sah hier eine europäische Bewegung entstehen. Die Gemeinsamkeiten können aber oft nur in Floskeln gefasst werden.



Mit ca. 50.000 BesucherInnen war das erste ESF in Florenz im November letzten Jahres ein Erfolg, mit dem kaum jemand gerechnet hatte. Jenseits von Parteien kamen dort all jene zusammen, die aus den unterschiedlichsten Perspektiven Kritik an neoliberaler Globalisierung formulieren und Alternativen fordern. Und: zum ersten Mal trafen sich die Linken Europas nicht nur, um gegen diesen oder jenen Gipfel zu demonstrieren, sondern um Positionen auszutauschen und Perspektiven zu suchen. Die gleichzeitig aufkommende Bewegung gegen den Irakkrieg verlieh dem ganzen eine starke Dynamik.

Doch wäre es falsch, allein bei der Freude über eine neue „Bewegung" stehen zu bleiben. Denn aus der Uneindeutigkeit gemeinsamer Positionen und der Konsensorientierung beim Finden solcher Positionen erwachsen auch Gefahren.

Zum einen müssen jene politischen Interessen, die aus dem Gefühl einer Bedrohung durch die neoliberale Globalisierung erwachsen, noch lang keine fortschrittliche Positionierung hervorbringen. So bedient sich der französische Bauernführer José Bové nationalistischer Ideologie, um seinen Kampf gegen us-amerikanisches genmanipuliertes Saatgut zu flankieren. Auch die häufig geäußerte Kritik an der „Macht der Banken" bietet häufig genug Anschlusspunkte für nationalistische bis antisemitische Demagogie.

Zum anderen aber birgt die Konsensorientierung die Gefahr, sich je nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen zu können. Heraus kommen dann entweder nichtssagende Phrasen oder Reformforderungen, die von quasi jeder Partei ohne große Mühe geschluckt werden können. Eine der wichtigen Aufgaben, wieder Bewegung auch in parlamentarische Auseinandersetzungen zu bringen, würde so verfehlt: zur Auseinandersetzung zwischen etablierter Politik und neuen sozialen Bewegungen sind Forderungen notwendig, die den Rahmen der derzeitigen Politik sprengen.
Auch soziale Bewegungen sind als Teil der Öffentlichkeit umkämpfter Raum. Wer versucht, auf sie Einfluss zu nehmen und in ihnen Debatten voranzutreiben, muss sich ihrer oben beschriebenen Dynamik bewusst sein. Der positive Bezug auf soziale Bewegung darf nicht bei der Begeisterung für Bewegung und Selbstorganisation von Menschen überhaupt stehen bleiben. Er muss weiter inhaltlich bestimmt werden. Auch das Wirken in diesen Bewegungen kann nicht nur in einem beliebigen Mitmachen bestehen. Wo es um die Auseinandersetzung um soziale und politische Rechte geht, dürfen sich Forderungen nicht an ihrer Konsensfähigkeit messen. Sie müssen darauf orientiert sein, in wie weit es mit ihrer Hilfe gelingt, soziale und politische Widersprüche zu Bewusstsein zu bringen und die Auseinandersetzung darum zuzuspitzen.

Dabei müssen auch innerhalb der sozialen Bewegungen oder hier des ESF anstehende Konflikte zwischen verschiedenen Interessenlagen diskutiert werden. Etwa die der Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen Sozialdumping und die der MigrantInnenorganisationen in ihrer Forderung nach offenen Grenzen; die der UmweltschützerInnen und der Belegschaften von Chemie- oder Autoindustrie; zwischen der Forderung der Bauern nach Existenzsicherung und der Forderungen von entwicklungspolitischen Gruppen nach Chancengleichheit für die Bauern und Bäuerinnen der Entwicklungsländer. Die politische Linke muss hier die Auseinandersetzungen befördern, ohne sich Avantgardengleich an die Sitze stellen zu wollen.

- Dirk Burczyk

Interview mit Krysztof Kobrzak

„Es bringt nichts, draußen zu bleiben."

Während es Frankreich oder Spanien aktive Gruppierungen gibt, die sich gegen soziale Missstände einsetzen, hört man aus Polen nicht viel darüber. Gibt dieser Eindruck die politische Wirklichkeit in Polen wieder?

K.K. Man muss leider sagen, dass die Linke in Polen dünn gesät ist. Sie ist zudem schlecht organisiert und wenig aktiv. Ein fatales Beispiel ist die Beteiligung Polens am letzten Sozialforum in Florenz, das es nicht geschafft hat mehr als 100 Leute zu stellen. Das zeigt das mangelnde Interesse am Denken darüber, wie ein soziales Europa aussehen soll. Auch am Versuch eine Bündisplattform hier zu schaffen, dem polnischen Sozialforum, haben nur etwa dreißig Leute teilgenommen.

Welche Rolle spielen Gewerkschaften und wie sieht es mit anderen Gruppierungen aus?

K.K. Das gravierendste Problem ist, dass die Gewerkschaften stark parteilich politisiert und in zwei Lager gespalten sind. Eines vertritt rechtsgerichtete wertkonservative Positionen, sehr katholisch. Es gibt ein paar fortschrittlichere kleinere wie die Gewerkschaft der Arbeitslosen, nur haben die kaum Einfluss.Warum ist die Situation so? Die Menschen sind zu sehr damit beschäftigt Arbeit zu suchen. So können Arbeitgeberverbände noch mehr Druck ausüben, auch auf die Politik. Eine weitere Schwierigkeit ist, dass die Gewerkschaften nur für ihre jeweilige Interessengruppe arbeiten. Zudem sind sie stark nationalistisch. Sehr unangenehm wird es, wenn es da heißt, es kommt der Deutsche und nimmt polnisches Eigentum weg. Statt, dass es um Rechte geht, ist es wichtiger ob der Kapitalist Pole ist. Oder vielleicht auch Jude.
Demgegenüber wurde in der Linken viel Hoffnung auf attac gesetzt, weil sie konkrete Dinge benennen. Doch hat es sich herausgestellt, dass attac keine neuen Leute auf den Plan gerufen hat. Eine wichtige Quelle, um eine Bewegung zu schmieden scheint mir im Internet zu liegen. Dort kann man Ideen einer Bewegung bewerben, die nicht um eine Organisation herum gelingen will.

Wie werden die Auswirkungen des Beitritt Polens zur EU für die sozialen Verhältnisse eingeschätzt?

K.K. Unter den Parteien herrschte zunächst ein Hurra-Optimismus. Die Berechnungen wurden aber auf der Grundlage einer hundertprozentigen Ausschöpfung der EU-Fonds gemacht, was auch heute kein EU-Land schafft. Die polnischen Verwaltungen kennen die EU-Gesetzgebung nicht, weshalb Polen zunächst zuzahlen wird.
In der Linken gibt es zwei Positionen. Die erste meint, dass es wert sei, sich auf der EU-Ebene für erhöhte rechtliche Standards in den Arbeitsverhältnissen einzusetzen. Die andere, radikale ist sehr skeptisch, da Europa aufgehört habe, eine gesellschaftliche Idee zu sein und sei stattdessen zum Werkzeug der Neoliberalen geworden. Für die Befürworter lag auch die Hoffnung darin, dass sich das Land so zivilisieren würde, indem auch weltanschauliche Gepflogenheiten stärker thematisiert und über die EU-Gesetzgebung bestimmte Ideen und Rechte Eingang finden würden. Aber die EU-begeisterten Parlamentarier haben sich das Recht eingeräumt, solche EU-Gesetze nicht zu übernehmen.

Was wird der Beitritt für die Arbeitsverhältnisse bedeuten?

K.K. Die Hoffnung auf unbegrenzte Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme wurde ja beschnitten durch die Begrenzung von Seiten anderer Länder. Bei der Angleichung der Arbeitsstandards wird wohl die Umsetzung der Gesetzgebung sehr schlecht sein. Befürchten muss man eine Liberalisierung der Arbeitsrechte, die immer zu Gunsten der Arbeitgeber erfolgt. Die Gefahr besteht, weil sogar die EU unter großem Einfluss der Unternehmerlobby steht.
Die fehlerhafte Ausschöpfung der Fonds wird zunächst zur Rücknahme der Gelder führen und so einen Lerneffekt auslösen, der sich auch gegen die vorherrschende Korruption auswirken wird, da man EU-Beamte nicht mehr so einfach bestechen können wird.
Trotz aller Bedenken bin ich für den Beitritt, denn wenn wir eine Vision haben, müssen wir die EU von innen heraus reformieren. Es bringt nichts, draußen zu bleiben.

Krzysztof Kobrzak war bis zum Frühjahr dieses Jahres Vorsitzender der FMUP, der polnischen Partnerorganisation von JungdemokratInnen/Junge Linke. Jetzt ist er bei attac tätig und arbeitet als Redakteur im linken Internetportal lewica.pl. Das Interview führte Johanna Maiwald.

Europäische Sicherheitspolitik

„Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts?"

Die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik – damit verbunden u.a. länderübergreifende polizeiliche Kooperationen, gemeinsame Datenbanken, die Schaffung von EUROPOL – wurde in den neunziger Jahren vor allem mit der Bedrohung durch die so genannte Organisierte Kriminalität begründet. Nach dem 11. September 2001 fand sich eine noch viel schlagkräftigere Begründung für den umfassenden Ausbau der schon existierenden Sicherheitsinstitutionen: der Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Lange debattierten die Mitgliedsländer der Europäischen Union über eine gemeinsame Terrorismusdefinition, die sie im Juni 2002 verabschiedeten. Von einer klaren Begriffsbestimmung ist diese jedoch weit entfernt. So führt sie nicht nur Anschläge, Entführungen oder ähnliches auf, sondern versteht unter terroristischen Straftaten auch das „Einschüchtern der Bevölkerung" oder die Nötigung öffentlicher Stellen oder internationaler Organisationen, etwas zu tun oder zu unterlassen sowie „schwerwiegende Beschädigungen" öffentlicher Plätze, „die Menschenleben gefährden oder zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führen können". Diese vage und weit gefasste Definition kann unproblematisch auch auf soziale Protestbewegungen angewendet werden, obgleich der Europarat zusätzlich beschloss, dass diese Definition nicht dahingehend interpretiert werden soll, dass „fundamentale Rechte oder Freiheiten, wie das Streikrecht, die Versammlungsfreiheit, die Vereinsfreiheit oder die freie Meinungsäußerung (…) einzuschränken oder zu behindern beabsichtigt."

Im Zusammenhang mit der Datenbank des Schengener Informationssystems (SIS) und dem geplanten Ausbau zum SIS II, stellt sich die Situation nämlich schon eindeutiger dar: so werden die Personendaten festgenommener Globalisierungsgegner regelmäßig im SIS gespeichert. Zudem plant der Europäische Rat im Rahmen des Ausbaus zu SIS II u. a. die Aufnahme von „gewalttätigen Randaliern". SIS II soll im Jahr 2006 in Betrieb genommen werden. Alle gespeicherten Daten – auch solche von Banken, Gesundheitsinstitutionen sowie staatlichen Behörden – sollen miteinander verknüpft werden können. Beispielsweise sollen biometrische Daten, bisher ist von Lichtbildern und Fingerabdrücken die Rede, von verschiedenen Behörden aller Mitgliedstaaten abrufbar sein.

SIS soll dem Austausch von Informationen zur Überwachung des freien Personenverkehrs und zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit dienen. Bisher sammelt das SIS „polizeirelevante" Daten von Ausländern, gesuchten Kriminellen, gestohlenen Autos, Waffen und Verdächtigen. Schon jetzt betreffen die meisten Einträge „unerwünschte Ausländer". Mit der Aufrüstung zu SIS II ist geplant, die Kontrolle über die Ein- und Ausreise von Nicht-EU-Bürgern zu verschärfen. So soll das geplante Visainformationssystem (VIS) in SIS II aufgenommen werden, damit Inhaber abgelaufener Besuchervisa sofort erkannt werden können. Sie würden dann in allen Mitgliedstaaten als Illegale gelten und umgehend ausgewiesen.

Zum 1. Januar 2004 tritt der Europäische Haftbefehl in Kraft. Er betrifft nicht nur bereits verurteilte sondern auch polizeilich gesuchte Personen. Die Mitgliedstaaten haben sich darin dazu verpflichtet, die Auslieferungsanträge gegenseitig ohne Prüfung anzuerkennen, auch wenn die in Rede stehende Gesetzesverletzung, die eine Strafe von mindestens drei Jahren vorsieht, im Auslieferungsland keine strafrechtliche Verfolgung nach sich zöge. Bisher wurde einem Auslieferungswunsch nur dann stattgegeben, wenn beide Länder eine Strafe vorsahen.
aufgenommen werden, damit Inhaber abgelaufener Besuchervisa sofort erkannt werden können. Sie würden dann in allen Mitgliedstaaten als Illegale gelten und umgehend ausgewiesen.

-Annett Mängel

Das ganze Leben is 'ne harte Droge

In vielen kommunalen Wahlkämpfen wirbt die CDU mit dem Slogan „Sicherheit - Ordnung - Sauberkeit" (SOS). Ein Konzept, das in erster Linie auf eines hinausläuft: Die Vertreibung von sozial benachteiligen Personengruppen aus Innenstädten, die Normierung menschlichen Verhaltens und den Abbau von Grundrechten!

Ralf K. ist süchtig. Es ist dieser kleine Kitzel des Verbotenen, der ihn so reizt. Doch Ralf K. ist ein behutsamer Konsument. Er weiß: Intensiver darf es nicht werden.
Bei Ralf K. begann es mit 19. „Ich war ein orientierungsloser Kiffer, wusste nicht, was ich mit meiner Zeit anfangen soll", resümiert K. Er traf auf eine Gruppe Parteijugendlicher und schloss sich an. Gemeinsam gehen sie seitdem ihrer Sucht nach dieser kleinen Provokation zwischen Gartenzwerg und Parteibuch nach. Bepackt mit kleinen Plastiktütchen, bedruckt mit einem Hanfblättchen, fordern sie provokant das, wogegen sowieso kaum noch jemand in der Gesellschaft ist: die Legalisierung von Haschisch. So ist denn auch ihre Droge vornehmlich in Fußgängerzonen mehrheitlich katholisch bevölkerter Kleinstädte zu finden – dort wo die Jugend noch Bier trinkt. Und so heißt es wochenends dann auch „nix wie raus" aus der verkifften Großstadt aufs platte Land, Wahlkampfstand machen. Da sind sie dann auch: die schiefen Blicke, die Anraunzer bierbäuchiger Rentner.
„Wozu so lange fahren, wenn man auch zu Hause härtere Drogen bekommen kann? – Nun wir kennen doch die Folgen!", weiß K. zu berichten. Täglich sieht er die tendenz-Verkäuferin in der U-Bahn, eine gescheiterte Existenz, die irgendwann vom rechten Weg abgekommen ist und die Warnungen vor den Folgen nachhaltiger Gesellschaftskritik in den Wind geschlagen hat. „Solche Leute fordern gar die Legalisierung von Heroin", lästert K. Mit solch gefährlichem Drang nach Selbstbestimmung aller Menschen hatte K. noch nie etwas am Hut. „Absolut realitätsfern sind diese Freiheitsjunkies", weiß K. zu berichten. Und tatsächlich: Die allmorgendliche tendenz- Verkäuferin hat sich durch Demokratie- Exzesse völlig isoliert, lebt fernab jeglicher etablierter Kreise der Gesellschaft. Das kann für Ralf K. kein Vorbild sein. Er weiß genau, wo die Grenze zur harten, ins Verderben führenden Gesellschaftskritik verläuft. „Das ist genau wie bei den Drogen, Haschisch ist 'ne voll ungefährliche Sache, aber Heroin und Koks und so, da soll mir mal keiner erzählen, er wisse selbst, was gut für ihn ist", meint K. Außerdem seien diese linken Junkies doch ohnehin alle kriminell.
In der Tat, nicht nur im Verfassungsschutzbericht, auch in den Zahlen des Bundeskriminalamts über linke Gewaltexzesse und Bildung terroristischer Vereinigungen findet man allerhand Belege für die vorherrschende Kriminalität unter den Freiheitsjunkies. Kein Wunder, denn sie brauchen immer mehr– mehr Kicks durch Provokation, mehr Kicks durch Kritik der herrschenden Verhältnisse, da ist ihnen nicht einmal mehr die Grenze des pluralistischen Parteienspektrums der Bundesrepublik Deutschland heilig. Dass es auch anders gehen kann, nimmt Ralf K. der tendenz- Verkäuferin in der U-Bahn nicht ab. Diese verweist wiederum auf das Beispiel der Drogen: Auch dort sei die Trennung zwischen weich und hart rein willkürlich und die FixerInnen würden durch die Drogenverbote in die Kriminalität und das gesellschaftliche Abseits gedrängt. „Papperlapapp", kann K. da nur sagen, während er sich gepflegt seine Tüte auf dem Flur zum Parteitag bastelt wie andere ihr Bier beim politischen Aschermittwoch trinken, „die Menschen wissen nicht immer was gut für sie ist, aber Hasch, Hasch ist gut für sie."

- Alexander Haas

Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben

Mehr Knete für Agnete - gleiche Kohle wie für Ole

Agnete arbeitet in einem Pflegeunternehmen. Hohe Arbeitszeiten und ein niedriges Einkommen bestimmen den beruflichen Alltag. Ihre Vorgesetzten sind meist besserverdienende Männer wie beispielsweise Ole, der im Management des Pflegeunternehmens tätig ist. Von ihm muss sie sich täglich das immer gleiche Geschwätz anhören: Dass Frauen für den Job „natürlich" veranlagt sind oder dass ein Bänker nunmal dick Kohle verdient, weil er mehr Verantwortung trägt als sie.

Die aktuelle ökonomische Krise macht auch vor dem Dienstleistungssektor nicht halt. Einige von Agnetes Kolleginnen werden entlassen. Der „Sozialauswahl" fällt nicht etwa Ole, der schon lange im Unternehmen arbeitet, zum Opfer, sondern frisch aus dem Erziehungsurlaub entlassene Frauen- die Dauer der Betriebszugehörigkeit zählt, dabei spielen „Baby-Pausen" keine Rolle.

Agnete ist überall
Agnete ist nicht allein. Rund 80% aller erwerbstätigen Frauen in der BRD verdingen sich im Dienstleistungssektor. Dazu gehören Pflegeunternehmen, Call- Center, Krankenhäuser oder Kindergärten. Ihre Lage ist häufig prekär. Sie müssen für wenig Geld lange arbeiten. Insbesondere Frauen, die einen Vollzeit-Dienstleistungsjob wahrnehmen und ausschließlich vom eigenen Einkommen abhängig sind, haben es schwer. Sie verdienen erheblich weniger als ihre meist in Führungspositionen befindlichen männlichen Kollegen. Darüber hinaus existieren in vielen Dienstleistungsunternehmen nur schwache Absicherungsmechanismen für die Arbeitnehmerinnen. „Hire and Fire" gehört somit zum Alltagsgeschäft und trifft vor allem Frauen.

Agnetes Job: "Typisch" Frau und ohne Perspektive
Immer wieder sind die „neuen Dienstmädchen" mit denselben behämmerten Vorurteilen konfrontiert. Von allen Seiten, nicht zuletzt von den männlichen Vorgesetzten, wird ihre Arbeit als notwendige, aber minderwertige „Frauenarbeit" abgestempelt. Sie sei leichter, erfordere geringere Qualifikationen oder sei nicht so anstrengend. Und weil Frauen ja schon „von Natur aus" weniger leisteten, sich dafür aber prima mitfühlend-warmherzig um Kinder und Alte bemühten, seien Frauen für die Dienstleistungsjobs prädestiniert. Diese Argumentation rechtfertigt die tagtäglich stattfindende Ausbeutung und Diskriminierung von Frauen heuchlerisch. Dass sich die Frauen im Dienstleistungssektor und nicht in der Autobranche tummeln, ist eine Folgeerscheinung überlieferter Rollenbilder und nicht genetisch- biologischer Strukturen.
In den Dienstleistungsunternehmen stehen extrem lange Arbeitszeiten auf der Tagesordnung und für die meisten Aufgabenbereiche ist ein ähnliches Qualifikationsniveau wie in anderen Berufen erforderlich. Hinsichtlich beruflicher Aufstiegschancen allerdings spielt die Dienstmädchenbranche eine besondere Rolle. Berufliche Karriere ist in diesen Jobs nämlich kaum möglich. Nach der Beförderung zur "Chefpflegerin" ist für lange Zeit erstmal Ende Gelände. Im Management und den Führungspositionen der Unternehmen sitzen mehrheitlich männliche Betriebswirte. Beim Blick auf diesen Zusammenhang ist es kein Wunder, dass noch immer weniger Frauen als Männer in Führungsjobs arbeiten.

Agnete gegen Schröders Sozialabbau
Der geplante Sozialabbau der Bundesregierung wird die Frauen in unteren und mittleren Dienstleistungsjobs treffen. Gerade alleinerziehende Mütter sind auf ein regelmäßiges Einkommen angewiesen und fallen im wahrscheinlichen Fall der Arbeitslosigkeit nur zu schnell in die Sozialhilfe. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe drückt das Lohnniveau weiter und veranlasst die Dienstleisterinnen noch schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, wenn Stempelngehen zur einzigen Alternative wird. Sozialabbau wirkt somit „doppelt" auf Frauen: Einerseits verschlechtert er die Lage der gesamten Arbeitnehmerschaft und der Arbeitslosen, andererseits sind es gerade Arbeitnehmerinnen, die im „unteren" Bereich des jeweiligen Betriebes kloppen. Sie müssen drastische Einschnitte befürchten.
Im Kampf gegen den Sozialabbau sollte die Benachteiligung und prekäre Situation von Frauen im Dienstleistungssektor dringend auf die Tagesordnung gesetzt werden. Vor allem ist es an den Gewerkschaften sich für eine überbetriebliche Gleichstellungspolitik stark zu machen und massiv gegen den Sozialabbau der Bundesregierung zu opponieren. Mehr Knete für Agnete- gleiche Kohle wie für Ole!

- Kolja Möller

Kommentar zum geplanten Antidiskriminierungsgesetz

Gute Idee oder kalkuliertes Alibi?

In den kommenden Monaten muss die Bundesregierung eine europäische Richtlinie umsetzen, welche die Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit im nationalen Recht verbietet.

Die ehemalige Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin ist mit der Einführung eines Antidiskriminierungsgesetzes in der letzten Legislaturperiode gescheitert. Der Grund für die geplante Einführung war nicht ein plötzlicher Sinneswandel bei der nicht für ihre Antidiskriminierungspolitik bekannten rot-grünen Bundesregierung. Sie ist vielmehr auf eine europäische Richtlinie zurückzuführen, die die Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft verbietet und die in nationales Recht umgewandelt werden muss. Sollte die Bundesregierung dies in den nächsten Monaten versäumen, so muss sie ein erhebliches Bußgeld an die EU zahlen.
Der ursprüngliche Entwurf von Däubler-Gmelin war ein dickes Bündel an Schutzbestimmungen für eine Vielzahl von Minderheiten. So sah der ursprüngliche Entwurf vor, die Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft, der sexuellen Identität, Behinderung, Religion, Weltanschauung und Alter im Privatrecht zu verhindern. Natürlich war der Aufschrei bei den GegnerInnen laut. Sie sahen die „freie Marktwirtschaft" in Gefahr und malten Szenarien von armen VermieterInnen, die sich ihre Mieter nicht mehr frei aussuchen könnten.
Einigen der BefürworterInnen ging der Schutz bzw. die Definition bspw. von Behinderung oder sexueller Identität nicht weit genug.
Aufgrund des massiven Druckes von beiden Seiten wurde der Entwurf viele Male geändert und diskutiert. Anscheinend lief der ehemaligen Bundesjustizministerin die Zeit davon und die Legislaturperiode endete. Was die neue Bundesjustizministerin Zypries plant bleibt noch im Dunkel.
Aber steht das kommende Antidiskriminierungsgesetz nun für Fortschritt oder gar für Emanzipation?
Es bleibt abzuwarten, welche Minderheiten qua Gesetz definiert und geschützt werden- wobei sich an der rassistischen Politik der Bundesregierung wahrscheinlich nichts ändern wird!
Die Fragen, die mensch sich stellen sollte, sind vor allem: Ist dieses Gesetz nur ein Alibi für die parlamentarische Elite? Wer ist Minderheit und schützenswert und wer nicht? Bringt denn ein Gesetz gegen Diskriminierung schon ein Umdenken bei den BürgerInnen oder gar bei den Beamten der Ausländerbehörden?
Nur durch ein Gesetz welches Diskriminierung verbietet, wird sich an der alltäglichen Diskriminierung auf der Straße und in den Behörden nichts ändern! MigrantInnen, Behinderte, Schwule und Lesben werden auch weiterhin angepöbelt, ausgegrenzt und verfolgt werden!
Die Grundlage, um nun auch im bürgerlichen Recht gegen Diskriminierung vorgehen zu können, wird mit diesem Gesetz gelegt. Aber es muss vor allem auch ein Umdenken im gesellschaftlichen Bewusstsein stattfinden, welches Diskriminierung- wie auch immer geäußert- nicht mehr möglich werden lässt! Ein Schritt dahin ist das konsequente Eingreifen bei diskriminierender Behandlung von Personen und nicht irgendein wahrscheinlich mangelhaftes Gesetz, welches aller Vorrausicht nach nur einige wenige Minderheiten schützen wird und damit auch die Funktion hat, das bürgerliche Bewusstsein zu beruhigen. Abschließend sollte mensch festhalten, dass ein Gesetz allein noch nichts an der alltäglichen Diskriminierung ändert, aber ein Gesetz, welches Diskriminierung verbietet, auch nicht in Gänze abzulehnen ist.

- Torsten Schulte

Kommentar zur Situation auf dem Lehrstellenmarkt

Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen

Nachdem das neue Ausbildungsjahr angelaufen ist, sieht es mal wieder düster auf dem Lehrstellenmarkt aus. Auf vielen Werbeplakaten und in Fernsehbeiträgen hält die deutsche Prominenz aus Sport und Musik gezielt dazu an, Ausbildungsplätze bereit zu stellen oder die vorhandenen beim Arbeitsamt zu melden. Dies macht deutlich, dass es schlimm sein muss mit der Lehrstellenkrise. Denn wenn es nicht so schlimm wäre, gäbe es auch keine Sondersendung des WDR zu diesem Thema.

Es ist erfreulich festzustellen, dass die Regierung und die Medien das Problem des Lehrstellenmangels nicht mehr unter den Teppich kehren. Galt früher noch die Losung "Wer einen Ausbildungsplatz möchte, wird auch einen bekommen", lässt sich nunmehr das Problem nicht mehr wegdiskutieren.

Allerdings nicht so erfreulich sind die politischen Lösungsansätze, die entweder schon umgesetzt wurden oder sich noch in der Diskussion befinden.

JUMP (Jugend mit Perspektive) ist ein relativ kurz nach der Wahl 1998 von der rot-grünen Bundesregierung ins Leben gerufene Notprogramm zur Bekämpfung des Ausbildungsplatzmangels. Dieses Programm bietet Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz mehrere verschiedene Möglichkeiten. Ein arbeitsloser Jugendlicher bekommt hier die Möglichkeit, eine vom Staat finanzierte Ausbildung zu machen- doch in diesen Genuss kommen die wenigsten. Darüber hinaus kann er entweder ein Praktikum machen oder versuchen, auf der Berufsschule einen weiterführenden Schulabschluss zu erlangen. Die letzten beiden Möglichkeiten werden von den meisten Jugendlichen genutzt. Viele dieser Maßnahmen sind jedoch wahrscheinlich vielmehr eine Art "Warteschleife" und haben eher das Ziel, den arbeitslosen Schulabgänger eine Zeit lang aus der Statistik herausrechnen zu können. Aber den Erfolg, dass der Jugendliche nach solch einem Jahr die ersehnte Lehrstelle endlich erhält, haben diese Maßnahmen meistens nicht.

Die neuste Änderung der Handwerksordnung, nach der man nun in vielen Bereichen keinen Meister mehr braucht, um einen Lehrling ausbilden zu können, ist eine zweischneidige Angelegenheit. Sie könnte einerseits dazu führen, dass sehr viele Gesellen beschließen, ihre eigene Firma zu gründen und jedes Jahr so viele Lehrlinge auszubilden, wie es ihnen möglich ist. Andererseits ist es aber ohnehin schon so, dass sehr viele kleine Unternehmen ausbilden. Vielmehr sind diejenigen, die nicht genügend Jugendliche ausbilden –also weniger als 7% der Belegschaft Azubis haben- auf der Seite der Großunternehmen zu suchen. Aus diesen Gründen ist es fraglich, ob diese Gesetzesänderung nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

Werbekampagnen, die mit Slogans wie"Ohne Nachwuchs sähen wir alt aus", an das Unternehmergewissen appellieren sind ebenfalls nicht besonders Erfolg versprechend. Appelle gab es die letzten 6 Jahre schon von allen Seiten mehr als genug. Verändert haben sie allerdings nicht viel. Einige Unternehmen fordern mittlerweile sogar schon, den Tariflohn für Azubis zu senken, weil sie sich sonst keine Azubis mehr leisten könnten. Ob darin die Lösung besteht, bleibt in höchstem Maße fragwürdig.

Der bis jetzt beste Lösungsansatz besteht in der gesetzlichen Umlagefinanzierung zugunsten der betrieblichen Ausbildung. In diesem Modell werden die Unternehmen, die nicht genug Jugendliche ausbilden, verpflichtet, einen bestimmten Betrag in einen "Finanzierungstopf" zu zahlen. Aus diesem Topf werden dann Betriebe unterstützt, die sich ohne diesen Zuschuss keinen Auszubildenden leisten könnten. Der Vorteil dieser Lösung besteht darin, dass die Möglichkeiten eines Betriebes Jugendliche auszubilden nicht mehr von seiner Größe oder einem anderen wirtschaftlichen Parameter abhängen, sondern nur von dem Willen derjenigen, die darüber entscheiden. Das heißt konkret, dass auch kleine Unternehmen durch die Umlage eine Chance erhalten, auszubilden. Ein anderer positiver Effekt der Umlage besteht darin, dass die Unternehmen auch weiterhin in der Pflicht bleiben, auszubilden, und dies nicht auf einmal zur Aufgabe des Staates wird. Denn der Staat ist eben nur für die schulische Ausbildung zuständig und für die betriebliche Ausbildung - wie der Name schon sagt - der Betrieb.

- Lisa Hofmann

Videoüberwachung an Hochschulen

Big Brother in der Vorlesung

Sicherheitswahn, Privatisierung öffentlicher Räume und zunehmende Überwachung machen auch vor den Hochschulen nicht halt. Private oder hochschuleigene Wachdienste, die auf dem Campus Streife gehen, gehören längst zum Alltag. Auch die technische Überwachung wird immer weiter ausgebaut. Neben der Einführung datenschutzrechtlich bedenklicher Chipkartensysteme nimmt auch die Videoüberwachung beständig zu.

Zunächst nur vereinzelt angebrachte Kameras sollten z.B. Diebstähle in Rechnerräumen verhindern. Dies wurde häufig als Dienstleistung für die Studierenden dargestellt, da so erst längere Gebäudeöffnungszeiten realisiert werden könnten. Frauenparkplätze werden abgefilmt, um Übergriffe auf dem Campus zu verhindern. Hier geht es einerseits um die Schaffung eines subjektiven Sicherheitsgefühls, andererseits um ordnungspolitische Präventivmaßnahmen gegen abweichendes Verhalten oder Kleinkriminalität.. In beiden Fällen werden lediglich Bedrohungsszenarien konstruiert und vermeintliche Symptome bekämpft, zudem entstehen Einfallstore für eine weitergehende Überwachung auf dem Campus. Gesellschaftliche Hintergründe werden ausgeblendet.

Bitte nicht krümeln!

Nach und nach nahm in vielen Hochschulen die Zahl von Kameras in Gebäuden und auf dem Gelände zu. Dabei wurden ähnliche Ziele verfolgt wie bei der Überwachung anderer öffentlicher Plätze, etwa die Vertreibung von Obdachlosen oder DrogenkonsumentInnen. Inzwischen sind an einigen Hochschulen sogar die Hörsäle von der Videoüberwachung betroffen– so z.B. an der Viadrina in Frankfurt/Oder und der Humboldt-Uni in Berlin. Angeblich dient die Technik der Übertragung in andere Hörsäle bzw. der technischen Aussteuerung der Mikrofonanlagen. Dass die Kameras auch zur Überwachung bestens geeignet sind, beweist das Erlebnis eines Berliner Studenten, der während einer Vorlesung per Lautsprecher ermahnt wurde, nicht im Hörsaal zu essen.

Die Informationslage ist an den meisten Hochschulen mangelhaft, oft ist den Hochschulangehörigen nicht bekannt, wo Kameras angebracht sind, wann sie aktiv sind und was mit den Aufnahmen passiert. Erst unter öffentlichem Druck wurden etwa an der Humboldt-Uni einige Hinweisschilder angebracht.

Kontrolle statt Kritik

Durch die Kameras werden politische Aktivitäten wie Plakatieren oder studentische Protestaktionen personalisierbar. Die durch Überwachung ausgelöste Normierung des Verhaltens wird mittelfristig auch Einfluss auf Forschung und Lehre nehmen. Die Positionen von Lehrenden und Studierenden können detailliert dokumentiert werden, Lehrende sind einer zunehmenden Überwachung am Arbeitsplatz ausgesetzt– kritische Lehrveranstaltungen werden stark beeinträchtigt. Bei Klausuren könnten Kameraaufzeichnungen nachträglich zum Beleg vermeintlicher oder tatsächlicher Täuschungsversuche herangezogen werden. Dies ist zwar bislang noch nicht geschehen, aber sind die technischen Voraussetzungen erst geschaffen, lässt der Ausbau von Überwachung und Kontrolle sowie damit einhergehender Repression meist nicht mehr lange auf sich warten.

- Kerstin Puschke
ist Vorstandsmitglied im Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)

Anzeige

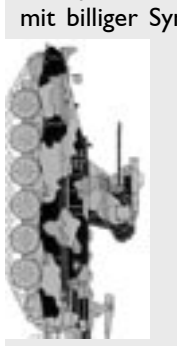
Militaristischer Agitprop

Werbung hat die Bundeswehr bitter nötig, zumindest ihrem Selbstverständnis nach; neben den Jugendoffizieren, die mit ihrem POL&IS- Spiel überall an deutschen Schulen herumgeistern und der reisenden Austellung "Unser Heer" hat die Propagandaabteilung eine ganz krasse Masche entwickelt, um Schülis für Militär zu begeistern: sie holt sie einfach zu sich in die Kaserne...

Alles beginnt mit einem Gewinnspiel, das ausreichend unumsichtige LehrerInnen ihnen SchülerInnen vorlegen oder von den Jugendoffizieren mit gebracht wird. Dieses Gewinnspiel besteht aus ca. 6 Fragen mit einem kurzen Begleittext. Ein kleines Beispiel. Begleittext: "Der größte militärische Exportschlager Deutschlands ist der ABC-Spürpanzer Fuchs." Frage:"Was ist Deutschlands militärischer Exportschlager?" Da so ziemlich jedeR halbwegs begabte Mensch diese Informationen auswerten könne sollte, kann auch jedeR gewinnen. Die Preise unterteilen sich in 3 Kategorien: Die Hauptpreise sind je eine Woche irgendwo in in einer Bundeswehrinstitution, zum Beispiel auf einem Flugzeugträger, etc. Natürlich gewinnt die teilnehmende Gruppe einen der Hauptpreise: eine Woche auf Luftwaffenstützpunkten in und um die Lechfeldkaserne. Alle Welt freut sich (inklusive dem immer auf Öffentlichkeit bedachten Direktor und dem verantwortlichen Lehrer, der gelichzeitig Reserveoffizier eines Panzerbatallions ist) und alle machen mit. In der Einladung wird unter anderem auch erläutert, dass es unmöglich sei, vorzeitig abzureisen, wenn mensch schonmal da ist. Aber das stört ja keine großen Geist. Zumindest im vorhinein nicht

Hell, one week, all inclusive!

Montags geht es los. Die beiden begleitetenden Offiziere stellen uns in ihren schicken Uniformen vor, bei denen die Mütze so aussieht als würde sie beim leisesten Windstoß vom Kopf fallen. Natürlich dürfen wir sie mit Vorname anreden, das gleiche wird direkt auch andersherum gefordert. Beide sind männlich, um die 30 und verheiratet, schön! Dann kann es ja los gehen. Die ersten Socialising-ersuche laufen über small talk und Uno-spielen auf der fast zehnstündigen Fahrt in einem unbequemen Bundeswehrbus (sogar die Vorhänge sind olivgrün). Zu Essen gibt es neben einem reichaltigen Frühstück abends und mittags in 90% der Fälle die Auswahl zwischen Käsespätzle und Schnitzel mit Pommes. Vegetarisches oder gar veganes Essen ist in bayrischen Kasernen nicht zu finden. Da die Belustigungsmöglichkeiten innerhalb der Kaserne gegen Null tendieren, sind die meisten MitfahrerInnen gezwungen mit den Bundis Uno zu spielen. Nach diesem spannenden Start geht es vergnüglich weiter. In den folgenden Tagen wird den GewinnerInnen ein Mix aus Briefings, Werkschau und Unterhaltung geboten. Die traditionsreichen Standorte (zum Teil unverändert aus den 30er Jahren übernommen) werden durch veraltete Videos mit billiger Synthiemusik und einen spannenden Vortrag in



Wort und Overheadfolien erläutert. Danach darf mensch die fliegenden Mordmaschinen in Aktion und bei einer detailierten Führung bestaunen. Auf Wunsch darf mensch sich sogar in eine reinsetzten. Faszination durch vernichtende Technik. Nein, damit fliegen ist allerdingsnicht drin, weil zu riskant und vor allem zu teuer. Schade , aber dafür wird das Wissen mit nach Hause genommen, dass fossile Brennstoffe und Humankapital en masse verbraucht werden, nur um Deutschland vor einer diffusen Bedrohung zu schützen, die keiner der Bundis genau verorten kann. Sie ist überall! Holzauge sei wachsam.

Und jetzt?

Nachdem dem Autor dieses Artikels schon während der Hinfahrt keinen Bock mehr hatte, sollte mensch versuchen, andere Leute dieses Schicksal nicht erleiden zu lassen. Mordsfaszinierende Maschinen sowie der unsinnige Verschleiß von Menschen und materiellen Ressourcen sollte Leuten nicht unhinterfragt präsentiert werden, vor allen Dingen nicht von so einem präfaschistoiden Verein wie der Bundeswehr. Das heißt: Stunk machen, wenn das irgendwie bekannt wird (was leider selten passiert). Große Möglichkeiten etwas zu verändern haben wir nicht, also sollten wir sie nutzen. Widerstand! (und theatralisches Klospülungsrauschen im Hintergrund)

- David Waldecker

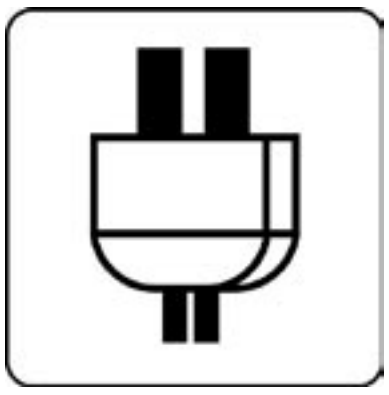
Das undurchsichtige Geschäft mit der 'Sicherheit'

Exportschlager Folterinstrumente

Der Handel mit Waffen boomt trotz leichter Rezession zwischen 1987 – 95 durch das Ende der Blockkonfrontation. Auch der Markt von sogenannten 'nicht-tödlichen' Waffen, wie Elektroschockern, expandiert. Die Zahl der Firmen, die diese handeln, ist seit 1980 von 30 auf nunmehr weltweit über 150 angestiegen. Die Exportkontrollen dieser Güter bleiben trotz neuer Richtlinien der rot-grünen Regierung intransparent und weitgehend unbeschränkt.

Nicht-tödliche' Waffen gelten als Güter, die für militärische und zivile Zwecke eingesetzt werden können (dual-use-Güter). Deren Liste umfasst Produkte wie Fesseln, Reizgase oder Elektroschockgeräte. Amnesty International (AI) kritisierte wiederholt deren Export, da sie in vielen Ländern zu Folterzwecken und Repression im Innern eingesetzt werden. Einige Produkte, wie Daumenschrauben, Fußfesseln und ferngesteuerte Elektroschockgürtel dienen sogar einzig zur Folter oder menschenunwürdigen Behandlung. Andere, wie beispielsweise auch zivil nutzbare Elektroschocker sind ebenfalls beliebte Folterinstrumente, da sie keine bleibenden Spuren hinterlassen. Auch die tödliche Wirkung von Elektroschockern oder Reizgasen ist keineswegs ausgeschlossen. So berichtet die Los Angeles Times von 61 Todesfällen beim Einsatz von Pfefferspray allein zwischen 1990 bis 1995 in den USA. Steve Wright, Direktor der Omega-Stiftung in Manchester, führt eine Reihe von Berichten an, die Genmutationen, Krebs, sowie Schäden von Nervensystem, Lunge und Herz als Folge des Sprays vermuten. Trotz Missbrauchs und unklarer Folgen setzte sich das Mittel zur 'chemischen Aufstandsbekämpfung' weltweit (auch in deutschen Polizeiarsenalen) durch.

Explizit genehmigungspflichtig ist der Export von nicht-tödlichen Waffen nur in rund 20 Staaten, die meist auch mit einem klassischen Waffenembargo belegt sind. Der Entscheidungsprozess über Exportgenehmigungen ist zudem völlig untransparent. Die Entscheidungen werden unter Geheimhaltung vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, bzw. vom Bundessicherheitsrat getroffen und unterliegen keinerlei parlamentarischer Kontrolle. Auch die seit 1999 vorliegenden Exportberichte enthalten keine Angaben über Hersteller, Endverbraucher und Verwendung. Sie sind höchstens geeignet, den Entscheidungsprozess über die Kunden deutscher



Waffen zu verschleiern.

Zwar enthalten die Januar 2000 verabschiedeten „politischen Richtlinien für den Rüstungsexport" auch die Menschenrechtslage im Empfängerland als Genehmigungskriterium – doch sind diese unverbindlich und deren Einhaltung nicht kontrollierbar. Laut AI kommt es immer wieder zu Lieferungen in Ländern mit problematischer Menschenrechtslage. AI stellt in diesem Zusammenhang die Nichteinhaltung der Richtlinien und die menschenverachtenden Exportpraktiken der BRD heraus. Hier zeigt sich, dass ein empfängerlandorientiertes Menschenrechtskriterium für eine restriktive Rüstungsexportpolitik nicht geeignet ist, da sich die Menschenrechtslage in einem Land schnell ändern kann oder bündnispolitische Gründe diese zum Tabu erheben. Generell sind die meisten der 'weniger' tödlichen Waffen auf eine repressiv ordnungspolitische Anwendung zugeschnitten und die unmenschliche Behandlung ihr originärer Zweck. Soll eine repressive Sicherheitslogik zur Regelung interner Konflikte durchbrochen werden, sind unabhängige Untersuchungen über die Wirkung der Waffen und eine demokratische Kontrolle der Exporte nur eine Vorbedingung. Die Nutzung dieser Waffen muss geächtet, der Handel damit verboten werden.

- Thomas Balzer

Der Irakkrieg und seine Folgen

Der Irak, die Politik und das Geschäft

Nach dem offiziellen Ende des Irak-Krieges dauern Kampfhandlungen und die Schwierigkeiten der Besatzungstruppen, das Land außerhalb Bagdads unter Kontrolle zu halten, an.

Als US-amerikanische und britische Truppen nach dreiwöchigem Krieg in Bagdad einzogen, sahen sie sich vor die Aufgabe gestellt, mit ca. 250.000 SoldatInnen ein Land von 25 Mio. Einwohnern unter Kontrolle zu bringen. Die amerikanische Strategie konnte nur sein, die Macht auf nationaler Ebene zu übernehmen, auf lokaler Ebene jedoch Verbündete zur Durchsetzung der eigenen Politik suchen.

Bereits Ende April wurde in Bagdad eine US-Zivilverwaltung gebildet, die auf unbestimmte Zeit bis zum Zusammentreten einer gewählten irakischen Regierung das Land verwalten soll. Geplant ist auch die Umwandlung in eine Marktwirtschaft.

Die Sicherheitsresolution 1483 vom 22. Mai erkennt die Ergebnisse des Krieges an. Das Kommando über die Besatzungstruppen liegt bei den USA, deren Truppen Norden und Zentrum besetzen, die BritInnen den Süden, dazwischen liegt ein polnischer Sektor.

Mitte Juli schließlich wurde ein Regierungsrat mit 25 Personen aller politischen, ethnischen und religiösen Gruppen gebildet, nach US-amerikanischen Angaben soll er schrittweise eigene Aufgaben übernehmen.

Krieg gewonnen?

Auch nach offiziellem Kriegende führten Mitglieder der irakischen Elitetruppen und Sicherheitsdienste einen Guerillakrieg v.a. gegen die Amerikaner, dem zahlreiche US-SoldatInnen zum Opfer fielen, es kam zu ständigen Attacken auf Soldaten und Gebäude. Die Angriffe richteten sich auch gegen Kraftwerke und Pipelines- in Bagdad kam es deshalb Anfang Juli mehrmals zu Stromausfällen. Daß Hussein bisher nicht gefaßt wurde, spricht für die lückenhafte Kontrolle des Landes und für einen Rückhalt, den die Baath-Mitglieder nach wie vor bei Teilen der Bevölkerung haben müssen. Unterhalb der 55 Meistgesuchten ist die Offiziers- und Verwaltungselite praktisch unbehelligt. Es ist wahrscheinlich, daß auf lokaler Ebene die FunktionärInnen der Baath-Partei zwar abgedankt sind, unter der Hand aber ihren Einfluß behalten behalten haben, vor allem im „sunnitischen Dreieck" im Zentrum des Irak (die USA vermuten hier das Versteck Husseins).

Interessen und Großmächte

Besonders Frankreich und Rußland haben seit den 70er Jahren im Irak investiert (Waffenlieferungen gegen Ölverträge). Beide Staaten fürchten um die Rückzahlung ihrer Kredite einerseits, um die Ölverträge (der russische Konzern Lukoil aus dem Jahr 1995, der französische aus dem Jahr 1999) andererseits. Nach dem Krieg sind alle Staaten, auch diejenigen, die gegen den Krieg waren, an Aufträgen zum Wiederaufbau u.a. der Ölindustrie und Beteiligung an Privatisierungen interessiert. Bedeutet das doch nicht nur Aufträge für die eigenen Unternehmen und einen Fuß im Erdölgeschäft, sondern auch Einfluß in der Region. Gerade hier zeigten sich die USA aber nachtragend und wollten nur die „Koalition der Willigen" an Besatzung und Geschäft beteiligen. Der Irakkrieg verdeutlicht, was die USA auf die als „pazifistische" Einwände formulierten Eigeninteressen ihrer NATO-„Partner" geben, die militärisch ohnehin ihre derzeitige Grenze erreicht haben. Er zeigt auch, daß die USA nicht nur gegen die Interessen praktisch aller anderen Mächte von Bedeutung einen Krieg beginnen, sondern auch militärisch effektiv erfolgreich führen konnten. Damit konfrontiert, entschlossen sich die einen (Großbritannien, Spanien, Polen usw.), mit der augenblicklich stärksten Macht zusammenzuarbeiten, um wenigstens ein Stück vom Kuchen zu bekommen. Andere (Deutschland, Frankreich, Rußland) können das mit ihren nationalen Interessen nicht vereinbaren und melden Widerspruch an. Um damit gegen militärisch hoffnungslos überlegene USA anzukommen, braucht es aber „mehr Militärkraft für Europa" (Fischer) - inklusive eigener Interventionsmacht zur vorgeblich weltweiten Förderung der Menschenrechte. Kapitalistische Staaten werden in ihrer Konkurrenz zur Sicherung von Ressourcen und Durchsetzung ihrer geostrategischen Interessen zukünftig verstärkt zu militärischen Mitteln greifen.

- Daniel Wesser

Wehrpflicht abschaffen!

Warum die Wehrpflicht auch dann noch weg muss, wenn nicht nur Linke ihre Abschaffung fordern.

Wer heute noch gegen die Wehrpflicht ist, läuft Gefahr, sich mit den Modernisierern der Bundeswehr gemein zu machen. Moderne Armeen in westlichen Industriestaaten haben nicht mehr die Aufgabe der Landesverteidigung. Die zentrale Aufgabe der Bundeswehr der Zukunft, da sind sich alle einig, wird in "Krisenprävention" und "Krisenreaktion" liegen. Für die Einsätze in "Konfliktregionen" werden gut ausgebildete Profis gebraucht, deshalb werden die Krisenreaktionskräfte aufgestockt und ausgebaut. Wehrpflichtige sind da nicht nur ungeeignet, weil sie zu kurz ausgebildet sind, sie haben zudem den Nachteil, dass sie im Falle des "Heldentodes" für unnötiges Aufsehen sorgen würden – bei Berufssoldaten gehört das zum Berufsrisiko. Aus diesem Grund werden auch keine Wehrpflichtigen im Ausland eingesetzt.

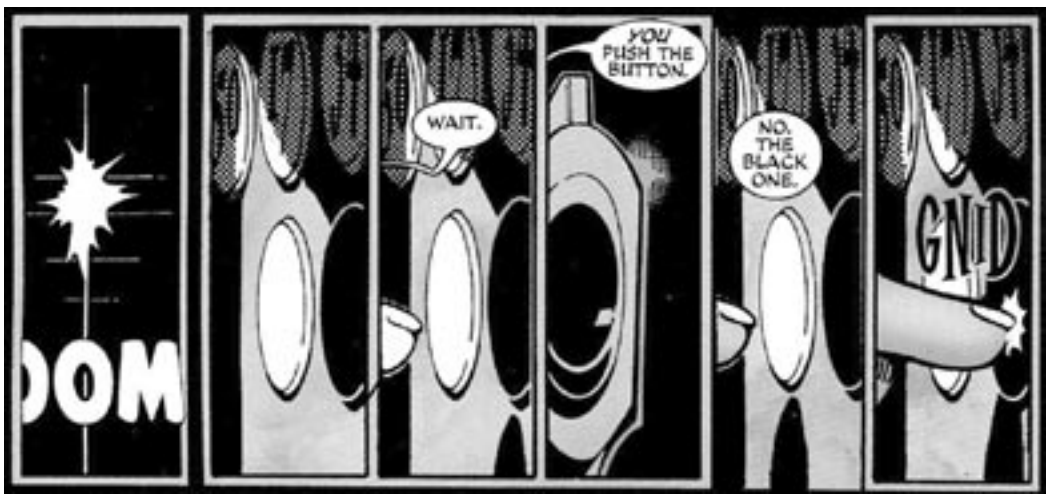
Wehrpflicht ist Ausdruck obrigkeitsstaatlichen Denkens

Die Abschaffung der Wehrpflicht führt also nicht direkt zur Verminderung der Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr. Zuallererst stellt sie eine massive Verletzung der Grundrechte der männlichen Bevölkerung dar: „Die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes), der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes), der Freizügigkeit (Artikel 11 Abs. 1 des Grundgesetzes) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) werden nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt", heißt es in § 51 des Wehrpflichtgesetzes.

Aber Grundrechte dürfen nicht einfach so eingeschränkt werden, deshalb heißen sie so. Durch die Wehrpflicht geschieht dies dennoch massenhaft, ohne dass es dafür einen wichtigen Grund gäbe. Das obrigkeitsstaatliche Denken, dass der Bürger seinem Staat zum Dienst verpflichtet sei, ist nicht nur Grundlage dessen, sondern wird dadurch auch permanent verstärkt.

Es gibt kein gutes Argument für die Wehrpflicht

Dies zeigt sich in den pragmatischen Argumentationen der Wehrpflichtbefürwortende, die die Grundrechtsbeschränkung mit Kostenargumenten und Rekrutierungsproblemen begründen. Denn die Bundeswehr hat die Sorge, dass sie ohne Wehrpflicht nur den autoritär orientierten und schlecht ausgebildeten Teil der männlichen Bevölkerung gewinnt, der sich nun mal auch heute schon am ehesten für sie interessiert. Um mehr Auswahl zu haben, zwangsrekrutiert sie die männliche Jugend des Landes und überredet dann einen Teil zum freiwilligen Längerdienen. Zentral in der Argumentation der Wehrpflichtbefürwortenden sind die Kosten, die die Abschaffung der Wehrpflicht verursache - als ob es legitim wäre, aus Kostengründen verfassungsmäßige Rechte zu beschneiden.. Und auch das Argument, man brauche die Bundeswehr zur Bekämpfung von Umweltkatastrophen, kann nicht recht überzeugen, denn der Wehrdienst dient ganz offensichtlich nicht der Ausbildung zum Katastrophenhelfer. Obwohl am wenigsten zulässig, wird die Situation im Pflegebereich, wo ohne Wehrpflicht auch keine Zivis ausgebeutet werden könnten, dennoch gern als Argument angeführt. Statt der billigen, schlecht ausgebildeten und oftmals überforderten Zivis müssten qualifizierte Fachkräfte zu höheren Löhnen eingestellt werden. Da kann man schön sparen, wenn man einfach Tausende zwangsverpflichtet.



Und auch wenn das nicht neu ist, soll es trotzdem erwähnt werden: Die Wehrpflicht führt zur Militarisierung des Denkens der Rekruten und der ganzen Gesellschaft. Sie verstärkt ein gesellschaftliches Klima, das Befehl und Gehorsam nicht als demokratiefremde Prinzipien wahrnimmt und in dem es als heldenhaft angesehen wird, andere Menschen abzuschlachten. Die Abschaffung der Wehrpflicht hilft, die Verankerung des Militärs in der Bevölkerung zu verringern.

Bündnispolitik für ein richtiges Ziel

Sicherlich wird die Wehrpflicht nicht nur von Linken kritisiert. Gerade die Grundrechtsbeschneidung ist Gegenstand von inzwischen breiter gesellschaftlicher Kritik. Warum die Linke allerdings dazu schweigen soll, nur weil es einmal für eine richtige Forderung Bündnispartner gibt, ist nicht einleuchtend.

Richtig ist: Die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht hat ihre antimilitaristische Stoßrichtung weitgehend eingebüßt. Es verträgt sich inzwischen prima, die Freiheitsrechte deutscher Abiturienten einzufordern und gleichzeitig die Verletzung der Menschenrechte der Bombenopfer in den „Krisenregionen" der Erde zu ignorieren. Dennoch: Solange es die Wehrpflicht in Deutschland gibt, sollten wir bei der individuellen Betroffenheit der Wehrpflichtigen ansetzen und für antimilitaristische Positionen werben. Die Wehrpflicht ist ein Missstand, für dessen Abschaffung sich auch Linke einsetzen müssen. Es wird in Zukunft noch stärker darauf ankommen, die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht mit einer Kritik an Zwangsdiensten im Allgemeinen und der Forderung nach Abschaffung der Bundeswehr als erstem Schritt hin zu zivilen internationalen Konfliktlösungsmechanismen zu verbinden.

Es bleibt dabei: Die Wehrpflicht schränkt die Grundrechte ein, verschwendet die Lebenszeit tausender junger Männer, zwängt sie in ein autoritäres Regime und verringert die Kriegsablehnung in der Bevölkerung. Genug Gründe, die Wehrpflicht endlich abzuschaffen und dafür gemeinsam mit allen, denen sie auch ein Dorn im Auge ist, zu kämpfen!

- Marek Voigt

Klein, fein und (fast) ganz zwanglos schön.

Linke sollten sich nicht verzetteln: Wehrpflicht abschaffen kann heute jeder. Der zentrale Konflikt ist aber der Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee.

Klarstellung: An der bundesdeutschen Wehrpflichtarmee ist nichts zu beschönigen.

Sie war schon immer militaristisch: 1956 gegen den breiten Protest der Bevölkerung durchgesetzt war sie im „Kalten Krieg" Frontarmee gegen die „Gefahr aus dem Osten". Nach dessen Wegfall steht sie in vielen Teilen der Welt, von Afghanistan bis Mazedonien. Die Bundeswehr ist eine aggressive Interventionsarmee der Wirtschaftsmacht Deutschland. Sie ist Teil einer imperialistischen Weltordnung.

Sie war schon immer autoritär: Wehrpflichtsoldaten seien „Staatsbürger in Uniform" ist eine dummdreiste Lüge. Wehrpflichtige unterstehen einem so genannten „Sonder-Gewaltverhältnis", das ihnen wirksame Rechte entzieht. Der militärische Zwangsapparat verhindert politische und gewerkschaftliche Interessenvertretung. Untertanenklima durchzieht die Kasernen: Neofaschistische und antisemitische Parolen, Wehrmachtslandkarten und Reichskriegsflaggen an den Wänden der Kameradenstuben sind nicht selten. Sexismus und Law-and-Order-Denke ist an der Tagesordnung. Selbst die Wehrdienst-Verweigerer baden die autoritäre Soße aus: Schwere, teils psychisch stark belastende Arbeit für Almosen heißt der Zwangsdienst fürs Vaterland.

Von CSU bis Grüne mehren sich nun die Stimmen, die Wehrpflicht zugunsten einer Berufsarmee abzuschaffen. Mit Emanzipation hat das allerdings nichts zu tun. Unter der Bedingung umfassender geostrategischer Neuordnungsprozesse und hochentwickelter Waffentechnik für Bedürfnisse von Sahara bis Nordpol sind professionelle und flexibel weltweit einsetzbare Einheiten en vogue, die zudem eine positive Identität zum Soldatenberuf vermitteln. Deutschland ist dabei wieder wer: Die hierfür gebildeten „Kommando Spezialkräfte" (KSK) und „Division für spezielle Operationen" (DSO) mit 150.000 Soldaten sind Herzstück des Umbaus der Bundeswehr zur weltweit agierenden Armee. Nur jeder 7. Wehrpflichtige wird benötigt, und nur noch 25% der Soldaten sind Wehrpflichtige.

Der politische Konflikt heißt heute: Kriegsfähigkeit...

Doch aus der notwendigen Wehrpflichtkritik folgt nicht das schlichte Gegenteil: Wenn heute erhebliche Teile des politischen Establishments die Abschaffung der Wehrpflicht zugunsten einer Berufsarmee fordern, sollte die Linke nicht in die Falle tappen, lauthals darin einzustimmen.

Zwar wird eine politische Forderung nicht schon dadurch falsch, weil sie auch von der anderen Seite vertreten wird. Jede politische Position bezieht sich aber auf (veränderliche) zeit-örtliche Rahmenbedingungen. Eine Forderung, die gesellschaftskritische Prozesse und Dynamiken befördern will, muss daher auf Veränderungen des gesellschaftlichen Gesamtkontexts reagieren. Anderenfalls schrumpft sie zum linken Wertekanon. Doch in der Politik zählt nicht die gute Absicht, sondern die reale Wirkung. Die spätere Klage, „so" habe man das aber mit der Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht doch nicht gemeint, zählt nicht.

Bissige, linke Politik stellt hingegen Forderungen in den Mittelpunkt, die unverwechselbar sind, den Konflikt zuspitzen und so wirklich „weh tun": Aktuell ist dabei des Pudels Kern die Verhinderung einer kriegsfähigen Armee. Hierfür ist die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht aber – zurückhaltend ausgedrückt – ungeeignet.

Im „Kalten Krieg" war das noch anders. Die „Massenarmee" sollte im Konflikt flächig einsetzbar sein. Noch bedeutender war die Bundeswehr bei der „inneren Mobilmachung": Als „Armee unserer Söhne", unabhängig von Klassenschranken und unverdächtig, Freikorps gedungener Mörder zu sein, band sie als Sozialisationsinstanz weite Teile der Bevölkerung ideologisch in den „Kalten Krieg" ein. Wehrdienstverweigerung war damals zu Recht widerständig.

Diese Bedingungen sind heute politisch obsolet. Die Bundeswehr führt heute zwar auch Krieg um die Köpfe, aber sie führt vor allem real Krieg – hochtechnisiert, gut ausgebildet, professionell. Wehrpflichtige stören dabei eher; vor allem dann, wenn die weißen Leinensäcke ausgeflogen werden. Das zeigt die neuerliche Lockerung der T3-Einberufungsregeln.

...statt Wehrpflicht.

Nicht verschwiegen werden soll, dass auch umgekehrt gilt: Aus der notwendigen Kritik der Berufsarmee folgt nicht das schlichte Gegenteil. Wehrpflicht ist Zwangsdienst mit sozialen und demokratischen Diskriminierungen. Wehrpflicht darf die Linke also nicht zum Bollwerk gegen Militarisierung umlügen. Doch

eine umfassende Analyse muss mehr leisten als die (verständliche) Freude über das Ende eines Zwangsdiensts, auf den zudem der mordsmäßige Lohndienst der sozialen under-dogs folgt. Die Linke kann die traute Einheitssoße mit den Jungliberalen aller Parteien gegen den bösenbösen Zwangsdienst getrost rechts liegen lassen. Es ist deren Job, in von ihren Mutterparteien freigegebenes Terrain den kreuzbraven Sturm im Wasserglas zu entfachen. Linke spitzen aber den politischen Konflikt zu; also da, wo es im Gebälk kracht: bei der Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr. Die Forderung nach sofortiger Auflösung der Krisenreaktionskräfte und nach Reduzierung der Truppenstärke auf Null und ihre Integration in Zoll, THW und Karnevalsverein sind die gerade richtig, um die Geister zu scheiden.

- Jörg Schindler

Die ZAST Eisenhüttenstadt – eine totale Institution

Deutschland einig Lagerland

Der brandenburgische Innenminister, sollte er noch zu Lebzeiten in den Ruhestand treten, wird an Eisenhüttenstadt vielleicht mit einem Satz aus einer Werbung für australisches Bier denken. Eisenhüttenstadt – ich hatte da mal ein Lager. Check in to another world! denkt sich auch der Besucher...

Nähert man sich der Zentralen Erstaufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) in Eisenhüttenstadt, fallen zuerst die massiven Stahlzäune ins Auge. Um Zugang zu erhalten, muss man seinen Ausweis am Eingang dem Wachschutz aushändigen. Will man langwierige Diskussionen vermeiden, sollte man mindestens den Namen und die Zimmernummer der Person, die man besuchen möchte, im Kopf haben. Wollen Insassen die ZAST verlassen, wird über eine Magnetkarte die Zeit der Abwesenheit registriert. Niemand darf länger als drei Tage das Gelände verlassen, nach sieben Tagen verliert die Karte ihre Gültigkeit.
Dieser schikanöse Kontrollaufwand ergibt sich aus der Funktion der ZASTen in der deutschen A sylbewerberInnenverwaltung. Jeder, der es trotz der militärisch aufgerüsteten Grenzen geschafft hat, in Deutschland einen Asylantrag zu stellen, kommt zuerst in eine solche Erstaufnahmestelle. Hier findet die Anhörung durch das „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ statt. Nach ca. 3 Monaten werden die AsylbewerberInnen dann entweder auf andere Sammelunterkünfte „umverteilt“ oder, nach Ablehnung des Asylantrags, abgeschoben.
Zur Abschiebung bitte über den Hof.
Offensichtliches Ziel ist es, den AsylbewerberInnen das Leben so unerträglich wie möglich zu machen. Beengte Wohnverhältnisse, permanente Kontrolle durch den Wachschutz (z.B. durch Zimmerkontrollen) und die permanent vergegenwärtigte Gefahr, abgeschoben zu werden, lassen bereits nach wenigen Wochen jeglichen Widerstand zwecklos erscheinen. In Eisenhüttenstadt hat man diesen Anforderungen auch architektonisch mustergültig Rechnung getragen: Auf dem Gelände der ZAST, immer im Blick der Insassen, befindet sich die Zentrale Abschiebehaftanstalt des Landes Brandenburg, die von der selben Firma betrieben wird, wie die ZAST selbst. Ein Blick aus den Fenster genügt also, um sehen zu können, wie ein Asylverfahren in der Bundesrepublik nicht selten endet. Im Knast und später mit Abschiebung durch Polizei oder BGS. Gelegentlich führt diese Situation zu Reaktionen der Hoffnungslosigkeit. So wollte eine junge Kenianerin im Juli dieses Jahres ihrem Leben ein Ende bereiten. Nachdem sie von ihrer bevorstehenden Abschiebung erfuhr, trank sie ein Reinigungsmittel und wurde danach in ein Krankenhaus eingeliefert. Aufgrund der Abschirmung der ZAST war von diesem schwerwiegenden Vorfall noch nicht einmal in der Presse zu lesen.

Widerstand ist zweckmäßig
Auch wenn die ZASTen nur einen kleinen Mechanismus im rassistischen Institutionengefüge der bundesdeutschen Asyl- und Ausländerpolitik darstellen, sind sie Orte, in denen Widerstand sinnvoll und wichtig ist. Gelingt es, Kontakte zu ehemaligen Insassen aufrecht zu erhalten, entstehen Netzwerke, die auch in entlegene Heime reichen. Nur so ist effektiver Protest, der über einmalige Aktionen hinausreicht, zu organisieren.

- Stefan Gerbing

Folterdiskussion

Folter wird wieder salonfähig

Zum Anfang dieses Jahres wurde ein delikates Thema - das Folterverbot in Deutschland- öffentlich diskutiert und in Frage gestellt. Es ist erschreckend, wie einfach es gelingen konnte, anhand eines emotionalisierten Einzelfalles das Thema Folter in der Öffentlichkeit wieder diskutabel erscheinen zu lassen.

Auslöser der Folterdebatte war die Entführung und Ermordung des 11-jährigen Jakob von Metzler im September 2002. Der - im Juli 2003 zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilte- 27-jährige Verdächtige M. Gäfgen schwieg beharrlich. Auf Anweisung des Frankfurter Polizeivizepräsidenten W. Daschner wurde ihm darauf im Verhör mehrfach mit massiver Gewaltanwendung unter Druck gesetzt, um den Aufenthaltsortes des noch lebend geglaubten Kindes zu erfahren. Gäfgen wurde im Polizeiverhör u.a. damit gedroht, ein „Spezialist“ sei unterwegs, der ihm „Schmerzen zufügen“ werde, wie er sie „noch nie erlebt“ habe. Der Polizeivizepräsident Daschner fertigte über die Verhörmethoden einen internen Vermerk an, den Verdächtigen „nach vorheriger Androhung, unter ärztlicher Aufsicht, durch Zufügen von Schmerzen (keine Verletzungen)“ erneut zu befragen. Zur Ausübung der angedrohten körperlichen Gewalt kam es lediglich nicht, da Magnus G. bereits nach der Androhung ein Geständnis ablegte und den Aufenthaltsort des bereits toten Jakob preisgab.

Der lang inszenierte Tabubruch
Nach Bekanntwerden des Vorfalls bekamen die folternden Frankfurter Polizisten äußerst schnell namhafte politische und juristische VerteidigerInnen. Geert Mackenroth - der Vorsitzende des niedersächsischen Richterbundes - meinte, es könne „Situationen geben, in denen die Anwendung von Gewalt zur Rettung höherwertiger Rechtsgüter erlaubt sein kann.“ Und Brandenburgs Innenminister Schönbohm (CDU) fand, wenn durch Terroristen eine Gefahr für eine Vielzahl von Menschen drohe, müsse man auch über Folter nachdenken. Daschner selbst forderte öffentlich, Gewalt „als letztes Mittel“ in Verhören zuzulassen, und erklärte ausführlich, wie man foltern kann, ohne Spuren zu hinterlassen.

Die Einzelfalldiskussion, die in den Medien stattfand, bedient die angebliche Unabwendbarkeit, die uns der Diskurs des permanenten Kriegszustands suggeriert und öffnet damit dem Polizeistaat Tür und Tor. Wenn der Rechtsstaat nur eine Ausnahme vom Folterverbot erlaubt, hört er auf, Rechtsstaat zu sein. Die Menschenwürde ist unantastbar und keinem Staat steht es zu, einem Menschen diese Würde abzuerkennen. Damit gilt auch das Folterverbot absolut, unter allen Umständen und für jeden Menschen, unabhängig davon, welcher Vergehen er sich schuldig gemacht.

Die Debatte ist jedoch leider keineswegs so neu, wie man glauben könnte. Im Herbst 1977 wurde sogar über die von F.J. Strauß angeregte Erschießung von RAF-Gefangene öffentlich verhandelt. Schon vor dem 11. September hat der Heidelberger Jurist W. Brugger geradezu verzweifelt für die Folter geworben. Und auch die mediale Zuspitzung der Debatte über Kindesmissbrauch („Todesstrafe für Kinderschänder?“) illustriert, dass es hier schon lange keine Tabus mehr zu geben scheint.

Alltägliche Folter
Immer wieder kommt es in Strafanstalten, bei Festnahmen und Abschiebungen zu illegaler Gewaltanwendung, die bisweilen die Grenze der Folter streift oder überschreitet: Beamte, die am Boden liegende mit Fußtritten malträtieren oder Abschiebehäftlinge, die im Polizeigriff ersticken. Angehörige von Minderheiten, v.a. MigrantInnen, sind bevorzugte Opfer von polizeilichen Übergriffen.

Wenn sich Folter nicht auf deutschem Boden abspielt, legen deutsche Behörden und PolitikerInnen ebenfalls eine schockierende Praxis an den Tag. Man weigert sich beharrlich, Folterpraktiken im Heimatland von Flüchtlingen als politischen Asylgrund anzuerkennen. Dies dokumentiert das im Juli 2003 gefällte Urteil des Deutschen Verfassungsgerichts. Deutschland darf demnach mutmaßliche ausländische Straftäter auch an Länder ausliefern, in denen die Polizei Verdächtige häufig foltert.

Politik und Medien operieren seit dem 11.September unter einem permanenten diskursiven Kriegszustand. Dieser Diskurs erklärt den Ausnahmezustand zur Normalität und macht geltend, dass angesichts völlig neuer Herausforderungen menschenrechtliche Grundsätze nicht mehr zu halten seien. Von Genua bis Guantanamo: Der Folter rechtfertigende „Notstand“ kann und wird sich mit dem „Antiterror-Notstand“ verbinden, der ohnehin längst zu einem Orwellschen Dauerzustand geworden ist.

- Stefanie Mielast

Politisches Strafrecht in der BRD

‚Keine falsche Bewegung!'

In Magdeburg trug sich im November 2002 folgende Geschichte zu: Ein junger Mann erstand bei einer Bäckerei seine Frühstücksbrötchen. Als er aber die Bäckerei verließ, gruppierten sich mehrere Männer um ihn. „Herr H.?“ Ohne die Antwort abzuwarten zogen sie dem jungen Antifaschisten eine schwarze Sturmmaske über, zerrten ihn in ihr Auto, drückten seinen Kopf zu Boden und fuhren los. Die Herren waren Polizeibeamte in Zivil.

Am gleichen Tag wurde auch in Quedlinburg/ Harz ein Antifaschist verhaftet. Beide sitzen seit dem in Haft. Ihnen wird Mitgliedschaft in einer terroristischen Verreinigung nach §129a Strafgesetzbuch (StGB) vorgeworfen. Diese Vereinigung soll mehrere „Anschläge“ verübt haben, u.a. auf ein parkendes BGS-Auto und eine Häuserwand des LKA. Bei beiden Anschlägen entstand geringer Sachschaden.

Behördliche Bespitzelung und Datensammelwut
Personen, die nach §129a StGB belangt werden, muss keine Straftat im eigentlichen Sinne nachgewiesen werden. Es genügt als vermeintliches Mitglied einer terroristischen Vereinigung ausfindig gemacht zu werden. Die Mitgliedschaft wird oftmals über bloße Kontaktschuld ausgemacht. Nach der Strafprozessordnung besteht bei Ermittlungen nach §129a StGB die Möglichkeit zur großflächigen Telefon- und Kameraüberwachungen, Hausdurchsuchungen, Massenspeicherung von Daten und vieles mehr. Gründe genug für Bürgerinnenrechtlerinnen immer wieder auf die Verfassungswidrigkeit des Paragraphen hinzuweisen. Eine kleine Anfrage der PDS ergab im Übrigen, dass in den 90er Jahren nur drei Prozent der nach §129a StGB Angeklagten tatsächlich verurteilt wurden.

Kleine Paragraphengeschichte
Der §129 StGB (Bildung einer Kriminellen Vereinigung) wurde 1871 geschaffen und vorrangig angewendet, um die Arbeiterbewegung zu kriminalisieren. Auch nach dem Ende des zweiten Weltkrieges blieb er in Kraft, erst zum Schutze der Besatzungsmächte, später zum „Schutz“ der jungen Demokratie.
In den 50er Jahren wurde er vor allem gegen KPD-Anhängerinnen angewendet und seit der Verschärfung von 1951 war schon das bloße Werben für eine „kriminelle Vereinigung“ strafbar. Auf den „RAF-Terror“ der 70er Jahre wurde mit Sondergesetzen und Sonderrechtssprechungen reagiert. So wurde 1976 der §129a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung) eingeführt. Die Haftstrafen für die Mitgliedschaft, Unterstützung und Werbung für eine terroristische Vereinigung waren höher als nach §129 StGB, die Haftbedingungen für Gefangene ungleich schärfer. Später wurde der §129a StGB auch gegen Atomkraftgegnerinnen, linke Gruppen und Journalistinnen angewendet. Neun Tage nach dem 11. September 2001 wurde ein Gesetzesentwurf zur Einführung eines §129b StGB dem Bundestag vorgelegt und im Eilverfahren im Rahmen der Sicherheitspakete beschlossen. Nunmehr kann auch Mitgliedern angeblicher terroristischer Organisationen, die im Ausland agieren, in Deutschland der Prozess gemacht werden – eine fatale Verschärfung, ist die Definfition, was denn eine terrorostische Vereinigung im Ausland sei, vom diplomatischen und ökonomischen Kalkül des Auswärtigen Amtes abhängig. Dass als terrorostische Organisationen hierbei auch oppositionelle Gruppen in einem diktatorischen Regime gelten können, liegt auf der Hand.

Die Grünen, die in ihrem Wahlprogramm 1998 noch die Abschaffung des §129a StGB forderten, wollten der Einführung des §129b StGB nur zustimmen, wenn der Tatbestand des „Werbens“ für eine terroristische Vereinigung durch den des „Werbens um Mitgliedschaft“ ersetzt würde – was auch geschah. Obgleich sich die Partei in Folge als Hüterin der Grundrechte gerierte, hat sie eine Ausweitung des politischen Strafrechts aktiv voran getrieben. Die von den Grünen bewirkte Einschränkung des Straftatbestandkatakoges war nichts anderes als die Anpassung an eine ohnehin schon praktizierte Rechtsprechung.

Weiter wie gehabt
Den jungen Antifaschisten aus Magdeburg und Umgebung hat dies freilich nichts genutzt. Und da sie nur zu zweit und folglich keine „Vereinigung“ im Sinne des StGB waren, wurde im April 2003 flugs noch eine dritte Person verhaftet. Etwas später teilte das Oberlandesgericht Naumburg mit, dass Zweifel daran bestünden, ob der Vorwurf der „terroristischen Vereinigung“ gegen die drei Beschuldigten haltbar sei. Vom Ausgang des Prozesses hat das politische Strafrecht wieder einmal seinen originären Zweck erfüllt hat, nämlich das Aushorchen einer ganzen politisch nicht genehmen Szene mit geheimdienstlichen Mitteln durch den Staatsschutz zu ermöglichen, ohne von lästigen Grundrechten gehindert zu werden.

-Anne Neuendorf

Rechte Parteien in Europa

Europa rechts um?

Eigentlich hätte es eine sozialdemokratische Ära werden sollen, in der die Europäische Union die entscheidenden Schritte zur Vereinigung meistert. Bis auf Spanien und Irland waren 1999 in allen europäischen Regierungen sozialdemokratische Parteien vertreten. Doch dies wurde zu einer Randnotiz mit der Wahl zum Nationalrat in Österreich, bei der mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) zum ersten Mal eine Partei rechts vom konservativen Spektrum das zweitbeste Ergebnis hinter den Sozialdemokraten verbuchen konnte. Den Wahlen vorausgegangen war ein Wahlkampf, in dem Jörg Haider Diskothekenauftritte absolvierte, den Nationalsozialismus relativierte, gegen "die Ausländer" und "die Sozialschmarotzer" hetzte und die Interessen des "kleinen Manns auf der Straße" beschwor.

In Italien stellt seit 2001 das Rechtsbündnis aus Berlusconis Forza Italia, der Alleanza Nationale, einer direkten Nachfolgerin des von Mussolini-Kadern gegründeten Movimento Sociale Italiano, und der separatistischen Lega Nord die Regierung. In Dänemark wurde im selben Jahr die rechtsliberale Venstre mit den Konservativen dank der Tolerierung der Dänischen Volkspartei von den Wählern in die Regierungsverantwortung gesetzt, ebenso in den Niederlanden die „Liste Pim Fortyn" in einer Mitte-Rechts-Koalition, in Portugal 2002 die Partido Popular. In Norwegen ist die Fortschrittspartei zweitstärkste Kraft im Parlament. In Polen sind gleich drei Parteien des rechten Lagers im Parlament vertreten.
Den medialen Höhepunkt des europäischen Rechtsruckes bildete die französische Präsidentenwahl, bei der der Kandidat der französischen „Front National", Jean-Marie Le Pen, es bis zur Stichwahl schaffte. Die Front National hat sich längst in den Parlamenten etabliert und die Partei feiert ihre Erfolge trotz vorausgegangener Spaltung. "Wir sind Waffenbrüder" erklärte im Anschluss der Vorsitzende des belgischen Vlaams Blok, Filip Winter, der Öffentlichkeit. Seine Partei sitzt im nationalen und in den flämischen Parlamenten und gewinnt bisher von Wahl zu Wahl Stimmen dazu.

Es ist ein buntes Gemisch an ideologischen Ausrichtungen, welches sich am rechten Rand Europas herumtreibt. Extrem rechte Weltbilder, die sich insbesondere durch den Bezug zum Nationalsozialismus bzw. zum historischen Faschismus und einem organisch-völkischen Nationalismus festmachen lassen und von z.B. der Alleanza Nationale, dem Vlaams Blok, der Front National und der FPÖ vertreten werden, treffen in der Aufzählung der Parteien auf einen diffuseren autoritär-populistischen Flügel mit neoliberaler Ausrichtung, zu dem auch Phänomene wie Schill in Hamburg gezählt werden können und der auch offen homosexuell lebende Männer wie Pim Fortyn als Parteivorsitzenden aushält, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Insbesondere dieser autoritär-populistische Flügel ist Ausdruck der systematischen Dethematisierung realer gesellschaftlicher Konflikte und Klassengegensätze. Gesellschaftliche Ausgrenzung und Unterdrückung erscheint als naturgegebener Prozess. Statt dieses zu thematisieren oder sich auf gesellschaftliche Utopien zu beziehen, wird von rechts das "Wir" der "betrogenen kleinen Leute" konstituiert, die sich gegen "die da oben", die PolitikerInnen der anderen Parteien, die Bonzen und Bürokraten auf der einen, gegen die "Kriminellen" und insbesondere "Ausländern" auf der anderen Seite wehren müssen.

Dass gerade in Deutschland dies eine Randerscheinung von eher regionalem Interesse ist, liegt zwar zum einen in internen Parteiproblemen der Rechten. Der Hauptgrund allerdings dürfte eher an der Integrationsfähigkeit der CDU, SPD, FDP und zunehmend auch den Grünen für rechte, autoritäre und neoliberale Politikkonzepte liegen. Es ist für andere Parteien schwer, rassistischer als die Unionsparteien ("Kinder statt Inder") zu sein, der Antisemitismus fühlt sich in der FDP ganz wohl und die rot-grüne Bundesregierung realisiert wohl doch eine ordentlich autoritäre und neoliberale Politik.

- Stefan Fulz

Anzeige

ND-Kunstkalender 2004
»Bildende Kunst aus der DDR«

Jedes Monatsblatt mit wunderschönem Bildmotiv, das zusätzlich als Bildpostkarte verwendet werden kann.
Format: 17,5 x 20 cm, Ringheftung, ISBN 3-9807073-3-4
für nur **7,20 €** zzgl. 1,40 € Versandgebühr

Ihre Bestellung senden Sie bitte an:
Neues Deutschland, Caroline Haube, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin
Tel.: (030) 29390-823 Fax: -650 oder E-Mail: c.haube@nd-online.de

Übrigens: Unsere linke Tageszeitung gibt's 2 Wochen kostenlos
E-Mail für Probeabo: aboservice@nd-online.de
www.nd-online.de

DM-FA-PO-TENDP2

Gedenkstätten in Deutschland

Aufarbeitung der Vergangenheit?

Mit der deutschen Vereinigung verbanden große Teile der bundesdeutschen Linken die Befürchtung eines neuen nationalen Chauvinismus und eines endgültigen Abbruchs der Aufarbeitung des Nationalsozialismus.
Der Anfang der 1990er Jahre einsetzende „Boom" des Erinnerns schien aber in die entgegengesetzte Richtung zu weisen: Die staatliche Finanzierung von Gedenkstätten wurde, wenn auch langsam, voran gebracht. Diskussionen um ein Holocaustmahnmal, die Topographie der Terrors, die Wehrmachtsausstellung, die Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen erweckten den Eindruck dass die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus - zumindest quantitativ - so stark wie nie die öffentlichen Diskussionen in der Bundesrepublik beherrscht.

Wenn auch jedes der Themen eine eigenständige geschichtspolitische Debatte darstellt, sind sie auch im Zusammenhang dessen zu verstehen, was nun offiziell „demokratische Erinnerungskultur" genannt wird: Das Selbstbewusstsein der „Berliner Republik" drückt sich - entgegen der Befürchtungen - nicht im Verdrängen der deutschen Vergangenheit, sondern in der Inszenierung des Gedenkens aus.
Betrachtet man die Entwicklung der Gedenkstättenfinan zierung - als Ausdruck eines neuen geschichtspolitischen Konsens -, wird ersichtlich, weshalb das Interesse der Politik ausgerechnet nach der Vereinigung geweckt wurde.
Bezeichnenderweise entstand die Konzeption zur Gedenkstättenförderung des Bundes während der Arbeit der beiden Enquete-Kommissionen des Bundestags zu den Folgen der SED-Diktatur. Als Probleme stellten sich hier der Umgang zum einen mit den staatlichen Mahn- und Gedenkstätten der DDR und zum anderen mit den Orten mit „doppelter Vergangenheit" dar. Die Frage der Vergleichbarkeit der DDR mit dem Nationalsozialismus stand während der gesamten Arbeit der Kommissionen im Raum. Auch wenn sie schließlich in den Berichten negiert wurde, sollte man sich bewusst darüber sein, dass die öffentliche politische Aufarbeitung des Nationalsozialismus erst durch die Abwicklung der DDR-Vergangenheit möglich wurde. Dies zeigt sich auch daran, dass die nun vom Bund mitfinanzierten Gedenkstätten fast ausschließlich in den neuen Bundesländern und Berlin liegen und wesentlich mehr Gedenkorte an die Opfer der „SED-Diktatur" gefördert werden.
Trotzdem sollten die reichlich späten Bemühungen nicht aufgrund „unehrlicher" Motive gering geschätzt werden. Die breite Diskussion um die staatliche Verantwortung für Gedenkstätten hat auch dazu geführt, dass inzwischen in fast allen Bundesländern die Landeszentralen für politische Bildung mit der Konzeptionierung und Einrichtung von Gedenkstätten an die Opfer des Nationalsozialismus beauftragt wurden. Nochmals zum Vergleich: In der alten Bundesrepublik haben in den 80er Jahren Geschichtswerkstätten und Bürgerinitiativen häufig gegen den Widerstand von Politik und Bevölkerung Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Eigenregie und aus privaten Mitteln aufgebaut. In den Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR wurden die nicht-kommunistischen Opfer des Nationalsozialismus fast vollständig ausgeblendet.

Von den Debatten um die Gedenkstätten und ihre gesellschaftliche Funktion wurden auch die Diskussionen der politischen und historischen Bildung belebt. Die pädagogisch-didaktische Gestaltung der Gedenkstätten wurde aber leider bis in die Bundestagsdebatten hinein im Zeichen der aktuellen „gegen rechts"-Pädagogik diskutiert und die Gedenkstätten mit der Aufgabe der Verhinderung und Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen bei Jugendlichen überfrachtet. Diese Zuschreibung wird aber weder den Besonderheiten der Gedenkstätten als authentische Orte gerecht, noch berücksichtigt sie die „Ursachen" für Rechtsextremismus. Im Gegenteil ist sie Ausdruck einer falschen Analyse fehlender historischer Bildung. Hier verkommt die Gedenkstättenpädagogik zur symbolischen Pädagogik (und Politik!).
Die Frage jedoch, ob und wenn ja, was aus der Geschichte gelernt werden kann, hat auch die neue Gedenkstättenpädagogik noch nicht beantwortet.

- Julia Schotte

Radikal Reisen

· Russland: Moskau

Termin: 08. - 17. Oktober 2003 / ca. 390,- Euro
Thema: Rechtsextremismus in Russland

Sind die Übergriffe auf Menschen aus dem Kaukasus oder Zentralasien Taten einzelner durchgeknallter Jugendlicher rechter Gesinnung, oder lassen sich rechte Strukturen und Netzwerke erkennen? Welche Möglichkeiten haben Menschen- und Bürgerrechtsorga nisationen wie unser Partner, das Youth Human Rights Movement, auf rassistische und antisemitische Tendenzen in der russischen Gesellschaft zu reagieren?
Trotz der schweren politischen Kost werden touristische Aspekte und der Spaß nicht zu kurz kommen.

· USA: San Francisco

Termin: 10. - 24. Oktober 2003 / ca. 750,- Euro
Thema: Gesellschaftskritik in den USA

Angesichts des Irak-Kriegs entstand auch in den USA eine neue Friedensbewegung, die sich z.T. auch mit globalisierungskritischen Inhalten beschäftigt und eine fundamentale Veränderung der Gesellschaft einfordert. Schon die antiautoritäre Revolte von 1968 - maßgeblich bestimmt von Studierenden der "University of California, Berkeley" nahe San Fransisco – verknüpfte verschiedene soziale Bewegungen wie das "Civil-Rights-Movement" gegen die Diskriminierung von Schwarzen mit den Protesten gegen den Vietnam-Krieg und gegen den autoritären Charakter von Hochschule und Gesellschaft. Wir wollen uns vor Ort mit verschiedenen Gruppen über die Geschichte und Gegenwart von Gesellschaftskritik in den USA beschäftigen.
Veranstaltet von der Vereinigung Sozialliberaler Bildungseinrichtungen (VSB)

· Nicaragua

Termin: Ende 2003 - Frühjahr 04 / ca. 750,- Euro
Thema: Neoliberalismus in Nicaragua

Wie kann linke politische Arbeit in einem völlig veramten und korrupten Land wie Nicaragua aussehen? Was ist noch vom Sandinismus zu erwarten? Wie kann eine Politik aussehen, die in Nicaragua die Auswirkungen der Globalisierung bekämpft? Angesichts der Krise der Linken in Nicaragua wollen wir mit unseren Partnern diskutieren.
Wir werden verschiedenste Gruppen in Managua treffen und einen Einstieg in die Struktur eines Landes finden, in dem die revolutionäre Zeit 12 Jahre vorbei, aber immer noch im politischen und kulturellen Alltag fast ständig präsent ist. Auch werden wir die malerischen kolonialen Städtchen und Traumstrände Nicaraguas kennen lernen.

Hinweis
Zu jeder Reise könnt ihr ein Faltblatt mit weiteren Informationen in unserer Geschäftsstelle bestellen. Die Fahrten sind in der Regel auch für SchülerInnen und StudentInnen erschwinglich, da für die meisten Reisen Zuschüsse beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Europäischen Kommission beantragt worden sind. Die Angaben zu den Teilnahmebeiträgen sind vorläufig. Der Teilnahmebeitrag deckt i.d.R. Reisekosten, Programm und Unterkunft, einen inhaltlichen Vorbereitungsreader und regelmäßig auch ein Vorbereitungsseminar.
Mitfahren können alle, die noch nicht 27 Jahre alt sind. Die Teilnehmenden müssen weder die Landessprache beherrschen, noch SpezialistInnen sein, weder für das Thema, nochfür das Gastland. Mitgliedschaft bei JD/JL ist keine Teilnahmevoraussetzung.
Jetzt anmelden, auch für die Reisen der VSB e.V., über:

JungdemokratInnen / Junge Linke, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Tel.: 030-440 248 64
Fax: -66, bgs@jdjl.org

Zur Internationalen Organisation für Migration

Dienstleistung Menschenhandel!

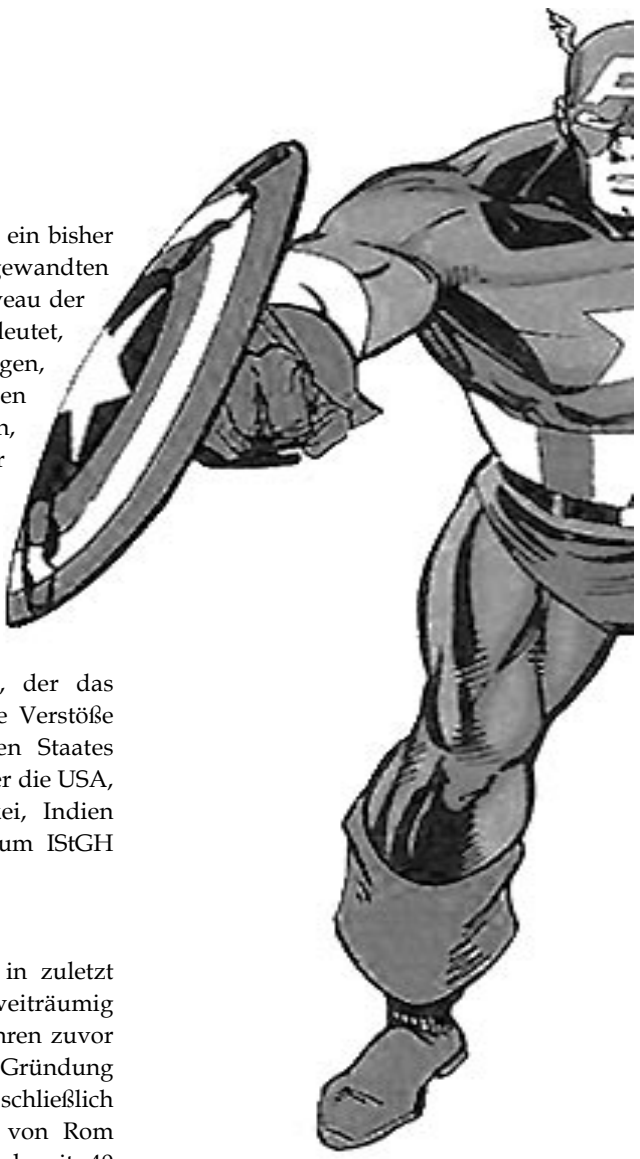
Die Internationale Organisation für Migration (IOM) steuert Migrationsströme weltweit. Ihre „Kunden", Grenzregime, sehen in ihr das passende, taktische Instrument zur Abschottung vor MigrantInnen.

Bis heute ist wenig über die Geschichte der IOM vor 1980, damals noch ICEM (Intergovernmental Committee for European Migration), bekannt. Sie wurde 1951 zur Organisation der Migration aus dem Ostblock gegründet. Doch seit dem Fall des Ostblocks entwickelt sich die Organisation mehr und mehr zu einer transnationalen Agentur zur Steuerung globaler Migrationsströme. Insbesondere in den vergangenen vier Jahren wurde sowohl die Organisation, als auch ihr Aufgabengebiet massiv vergrößert. Dies korrespondiert mit den Beschlüssen sowohl der EU als auch anderer Staaten, die Frage der internationalen Migrationskontrolle in die internationale Politik aufzunehmen. Es ist die IOM, die sich hier als Instrument sowohl der Politikgestaltung, wie auch der -umsetzung anbietet. Sie soll das System aus Internationalem Währungsfonds (IWF), der den globalen Kapitalströmen gewidmet ist, und der Welthandelsorganisation (WTO), welche den freien Warenstrom absichern soll, ergänzen. Dabei nimmt die Organisation unterschiedlichste Aufgaben an, die von den einzelnen der 93 Mitgliedstaaten beauftragt und finanziert werden. Ein Betätigungsfeld liegt in der Rückführung von MigrantInnen in ihre Heimatländer, allein 450 000 im Jahr 2000. Dabei tritt sie meist in Erscheinung, wenn die Abschiebung mit Schwierigkeiten verbunden ist. So lesen sich die Zielorte der vollzogenen Rückführungen, wie eine Auflistung von Krisengebieten: Ost-Timor, Kosovo, Nordirak, Afghanistan und Westafrika. Die IOM unterhält weltweit über 100 sog. „Field Offices", deren Aufgabe es ist Informationskampagnen durchzuführen.
Es werden Abschreckungsszenarien entworfen, die Migrationsunwilligen das Fürchten lehren sollen. Weiter dienen sie als Frühwarnsystem, welches alle Mitgliedstaaten über Migrationsbewegungen, Fluchthilfe-Netzwerke etc. informiert. Auch ist die IOM an der Errichtung von Grenzregimen, besonders in Osteuropa und Westafrika beteiligt. Es werden Kontrollsysteme entworfen, eingeführt, und in den einzelnen Ländern Ausbildungslager für Grenzposten unterhalten. Die IOM unterhält Flüchtlingslager an verschiedenen Orten, die jedoch nicht aus humanitären, sondern aus migrationspolitischen Motiven entstehen. Für Australien, das eine strenge Abschottungspolitik verfolgt, betreibt die IOM Flüchtlingslager auf verschiedenen Inseln der Südseestaaten, so auf Nauru und Manus/ Papua Neu-Guinea. Dort werden Flüchtlinge, so genannte „Boat People" vor allem aus dem Iran und Afghanistan, unter totaler Abschottung festgehalten. Amnesty International bezeichnet in seinem Bericht die Lager als "unmenschlich" und "höllisch". Weiter wird die IOM zur kontrollierten Migration eingesetzt, regelt also den Bedarf an ausländischen ArbeiterInnen in den einzelnen Mitgliedsstaaten (Green Card).
Doch durch den starken Ausbau der Organisation und deren Aufgabenfelder gerät die IOM mehr und mehr ins öffentliche Blickfeld, die kritischen Stimmen werden lauter. Das internationale Netzwerk „No-Border" koordinierte im Oktober einen Aktionstag unter dem Motto "Against the global migration management - for Freedom of Movement". Weitere Kundgebungen fanden diesen Sommer im Rahmen der „No-Border Camps" statt. Es geht darum, die wahren Aufgaben der IOM in die Öffentlichkeit zu tragen, um es ihr so unmöglich zu machen, ihrer Migrationspolitik eine humanitäre Fassade zu geben und sich öffentlichkeitswirksam in die Nähe von UNO-Hilfswerk und Nichtregierungsorganisationen zu stellen .

- Richard Schmising

Der Ständige Internationale Strafgerichtshof nimmt seine Arbeit auf

It's a Sabotage!



Seit dem 1. Juli 2002 müssen Folterknechte in Uniform, Vergewaltiger auf Befehl oder Massenmörder im Staatspalast gleichgültig welchen Geschlechts damit rechnen, sich vor dem Ständigen Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) für ihre Untaten verantworten zu müssen. Dieser ist seiner Präambel nach entschlossen, „der Straflosigkeit der Täter ein Ende zu setzen und so zur Verhütung [...] [schwerster] Verbrechen beizutragen". Die Gerichtsbarkeit des IStGH erstreckt sich auf Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Aggression. Angeklagt werden nur Individuen, keine Staaten.
Seit April dieses Jahres steht mit Luis Moreno Ocampo ein argentinischer Jurist an der Spitze der Anklagebehörde. Ocampo darf in seiner Funktion Untersuchungen ex officio, also aus eigener Initiative, einleiten. Seine Rolle stellt damit, trotz der sich daraus unweigerlich ergebenden übergroßen und schwer kontrollierbaren Einfluss- und Entscheidungs möglichkeiten, in ihrer Unabhängigkeit einen Erfolg dar. Einer unmittelbaren Politisierung eines „Marionetten-Gerichtshofes" durch den UN-Sicherheitsrat, einzelne Staaten oder auch nur der UN-Vollversammlung ist dadurch aus dieser Richtung vorgebeugt. Es ist aber auch zu erwarten, dass seine Arbeit nicht unabhängig von den jeweiligen Kräftekonstellationen auf internationaler Ebene sich vollziehen können wird. Das liegt nicht zuletzt an den Zuständigkeitslücken und „strukturellen", demokratischen Defiziten des IStGH.

Strukturelle Defizite
Neben dem Fehlen eines Prinzips vergleichbar der Gewaltenteilung bzw. eines transparenten Verfahrens interner Kontrolle, verfügt der IStGH außerdem über kein internationales Gewaltmonopol. Daher ist er auf die Zusammenarbeit mit nationalen Armeen angewiesen. Ebenso stellt die Finanzierung, die nicht aus dem Haushalt der UN, sondern zu über 80% von NATO-Staaten und u.a. Saudi-Arabien stammt, eine weitere Möglichkeit der nationalen Beeinflussung von unterschiedlicher Seite dar.
Auch wenn die bereits erfolgte Etablierung der Rechtspraxis und –pflege des IStGH ein bisher (wenn auch mit dem rückwärtsgewandten Mittel des Strafens) unerreichtes Niveau der internationalen Verrechtlichung bedeutet, kann die Idee einer unabhängigen, dauerhaften internationalen Rechtsprechung nur einleuchten, wenn auch gegen den Willen jeder und jedes Betroffenen ohne äußeren Einfluss und ohne Ausnahme ermittelt und angeklagt werden darf. Generell können Täter und Täterinnen ausschließlich zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie einem Staat angehören, der das Statut ratifiziert hat, oder wenn die Verstöße auf dem Territorium eines solchen Staates begangen wurden. Doch haben bisher die USA, Israel, China, Russland, die Türkei, Indien und Pakistan von einem Beitritt zum IStGH abgesehen.

Double Standards
Insbesondere die USA haben sich in zuletzt genannter Hinsicht bereits weiträumig abgesichert. Nachdem sie in den Jahren zuvor immer wieder das Verfahren zur Gründung des IStGH torpediert hatten und schließlich ihre Unterschrift unter das Statut von Rom wieder zurückzogen (!), haben sie von bereits 40 Staaten (Stand 07/03) die Zusage erhalten, dass diese keine US-Bürger und US-Bürgerinnen an den IStGH überstellen werden. Zuvor hatte sich die amerikanische Regierung bereits in der Frage durchgesetzt, dem Sicherheitsrat die Möglichkeit einzuräumen, Strafverfolgungsm aßnahmen für die Dauer von mindestens 12 Monaten gänzlich auszusetzen (§ 16, IStGH-Statut). Dies stellt einen außerordentlich schweren und bedenklichen Eingriff in die internationale Rechtsprechung dar. Das ideale Legalitätsprinzip, wie sie staatlichem Strafrecht zugrunde liegt, und demnach jede Straftat unabhängig des Ansehens der Verdächtigen aus nahmslos verfolgt wird, bleiben der internationalen Rechtsprechung damit fremd.

Durch die Einrichtung des IStGH wird ein internationaler rechtlicher Zustand erweitert und vorangetrieben, wo zuvor ein weitgehend folgenloses Walten und ungeahndetes Morden herrschte. Internationale Konventionen und Gesetze werden dadurch deutlichere Beachtung finden und in Zukunft stärker "internalisiert" werden. Andererseits darf nicht die strukturell bedingte fehlende Autonomie des IStGH unterschätzt werden, die ihn für Instrumentalisierung und damit die herrschaftliche Durchsetzung von nationalen Sonder- und internationalen Bündnisinteressen stark anfällig machen. Ohne entscheidende Änderungen an dem Statut des IStGH ist zu befürchten, dass der Entschluss, schwerste Menschenrechtsvergehen nicht ungeahndet zu belassen, erheblichen Schaden nimmt. Wie die ersten Gehversuche des neu besetzten Gerichtshofes konkret aussehen werden, bleibt aus dieser Hinsicht daher abzuwarten.

- Daniel Leisegang

Interview mit Miri Regev

„Wir sind sehr pessimistisch“

Miri Regev, von der zionistischen Friedenspartei Meretz, über die Linke in Israel, die Gewalt im Nahen Osten und die Voraussetzungen für erfolgreiche Gespräche zwischen den Regierungen der Palästinenser und Israelis. Das Interview in seiner ganzen Länge ist auf der Homepage der JungdemokratInnen/Junge Linke (www.jdjl.org) zu lesen.

Die Gewalt scheint kein Ende in Israel zu nehmen. Initiativen, den Konflikt zu beruhigen, scheinen nicht viel zu helfen. Wie würdest Du das gegenwärtige Klima innerhalb der israelischen Gesellschaft beschreiben?

M.R. Die Stimmung innerhalb Israels lässt sich sowohl als angespannt wie auch als matt und erschöpft beschreiben. Die Leute auf der Straße sind es leid, wegen der Selbstmordattentate wie traumatisiert zu sein. Sie empfinden sich als Geisel in ihren eigenen Häusern, wenn sie sich fürchten müssen, auf die Straße zu gehen.
Sie misstrauen der israelischen Regierung, die sie mehrheitlich gewählt haben. Niemand glaubt wirklich, dass Sharon ein ehrlicher Verhandlungspartner ist. Ebenso wenig trauen sie der palästinensischen Führung. Es scheint allgemein schwer vorstellbar, dass Abu Mazen von Arafat eine wirkliche Chance erhält.

Als Ergebnis der letzten Wahlen 2002 verlor Meretz nahezu die Hälfte ihrer Sitze. Der Likud mit Ministerpräsident Sharon ging gestärkt aus den Wahlen hervor. Was bedeutet das für Meretz und die israelische Linke im Land?

M.R. Für die israelische Linke sind wir gegenwärtig eine sehr schwache Partie. Tatsächlich sind wir so schwach, während es doch so viel gibt, gegen das es zu protestieren gilt. Unter anderem machen wir viel zu wenig Protestaktionen.
Während die politischen Unternehmungen der Regierung Sharons die letzten Reste der verbliebenen demokratischen Strukturen innerhalb der israelischen Gesellschaft untergraben, verhalten wir als Oppositionspartei uns zu ruhig. Es gibt einige praktische Gründe für dieses „Nicht-Reagieren“, weil Meretz z.B. sich gerade inmitten des Kommunalwahlkampfes befindet. Wir versuchen uns darauf zu konzentrieren, welche politische Bedeutung Meretz auf kommunaler Ebene noch besitzt.
Der Gesamteindruck ist aber sicherlich, dass die Linke sehr schwach und zurückhaltend ist. Außerdem scheint sie keine Alternative an politischer Führung anbieten zu können, was uns wiederum weiter schwächt. Mit anderen Worten: wir sind sehr pessimistisch, angespannt und pessimistisch wie gegenwärtig der Rest der israelischen Linken.

Zudem setzt die Regierung Sharons - trotz des weltweiten Protestes und der Einwände auf beiden Seiten – den Bau des „Sicherheitszaun“ unvermindert fort.

M.R. Die vergangenen drei Jahre der Intifada sind wie nichts im Vergleich zu dem, was wir zuvor erlebt haben. [...] Israel hält das Westjordanland und den Gaza Streifen besetzt. Durch die Besetzung verletzen sie die Grund- und Menschenrechte der Palästinenser – sogar innerhalb des legalen Rahmenwerks der Oslo-Verträge. [...] Auf der anderen Seite ist es die palästinensische Seite, die sich dafür entschieden hat, Selbstmordattentate als so genannte „legitime militärische Aktion“ gegen die israelische Besatzung zu bewerten. Es sind die El-Aksa-Brigaden der Fatah, die diese planen und die Attentäter „aufziehen“ und eben nicht nur die islamistischen Extremisten wie der „Islamische Jihad“ und die Hamas.
[...] Die Perspektive, die Meretz übernommen hat, ist vergleichbar mit der Politik vor Oslo. Wir müssen an die Verhandlungstische zurückkehren und mit dem palästinensischen Gegenüber kommunizieren. Das ist bereits ein Kurs, den wir schon eingeschlagen haben. Und wir geben nicht auf und sind weiterhin ein aktiver Teil der Friedenskoalition. An der Seite von „Peace Now“ rufen wir für ein Ende der Besetzung, des Krebsgeschwürs Israels, auf.

Miri Regev, wohnhaft in Jerusalem, ist für den internationalen Austausch von Young Meretz zuständig.
Interview und Übersetzung: Daniel Leisegang

Anzeige

Gastbeitrag der Socialistisk Folkepartis Ungdom (SFU), der dänischen Partnerorganisation von JD/JL

„Demokratie, Solidarität und Ökologie“

Gerade sind wir auf unserem Heimweg vom internationalen Sommercamp in Wismar, Deutschland. Nach einer Woche Politik, deutschem Bier und viel Spaß möchten wir Euch gerne über die politische Situation in Dänemark und wofür wir, die Sozialistische Volksparteijugend (SFU), stehen, berichten.

Wir sind eine marxistisch beeinflusste Jugendorganisation, die für Demokratie, Solidarität und Ökologie kämpft.
Vor etwa ein einhalb Jahren wurde in Dänemark eine neue Regierung gewählt, bestehend aus den Konservativen und den Liberalen. Meist kooperieren sie mit den Nationalisten und dieses Bündnis macht eine entsetzlich rassistische, neoliberale und teilweise rein ignorante Politik. Es gibt zahlreiche Beispiele ihrer selbstgerechten Politik. Sie senken die Steuern für die Reicheren der Gesellschaft und haben jegliche finanzielle Förderung der Forschung für alternative Energien und Umweltschutz gestrichen. Tatsächlich kürzen sie alle Forschungsbereiche zusammen und behaupten dabei, Experten seien nichts als Richter nach eigenem Belieben.

In diesem Herbst wird SFU eine Kampagne zur Bildungspolitik unter dem Slogan „Bildung fürs Leben – nicht für den Standort!“ machen. Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass es nicht möglich ist, die aktuellen Bildungsstandards zu erhalten geschweige denn zu verbessern, wenn alles, was fürs Bildungssystem getan wird, Budgetkürzungen sind. Darüber hinaus bestehen wir auf dem Recht aller, sich selbst – kostenlos – zu bilden und darauf, dass das Ziel von Bildung nicht die Produktion von Arbeitskräften für Handel und Industrie ist, sondern Menschen zu Bürgerinnen und Bürgern einer demokratischen Gesellschaft zu machen.
Bezüglich der Europäischen Union haben wir einen eher skeptischen Standpunkt. Es gibt vieles, was uns besorgt, zum Beispiel das Demokratiedefizit. Man kann nicht von einer Demokratie sprechen, wenn nur ca. 40% der Wahlberechtigten sich an der letzten Wahl zum Europäischen Parlament beteiligten – verglichen mit einer Wahlbeteiligung von fast 90% bei den letzten Wahlen zum dänischen Parlament.

- Mette Fallesen (SFU), Übersetzung: Geraldine Hohn

Materialien
Folgende Materialien könnt Ihr in der Bundesgeschäftsstelle bestellen. Ausfüllen, ausschneiden und abschicken!

Infopaket
Mit vielen Flugblättern, verschiedenen Zeitungen und Plakaten.

tendenz
Zu folgenden Schwerpunktthemen sind tendenzen beziehbar:
kein mensch ist illegal
Europa
Gegen Arbeitszwang
Asylrecht
Rüstungsexporte und Menschenrechte
Kritik der „wehrhaften Demokratie“
Antifaschismus
Innere Sicherheit
Globalisierung

„Mit Sicherheit rassistisch“
Flugblatt „Keine Alternativen: § 129b StGB abschaffen!“
Flugblatt „Ich weiß, wen du letzten Sommer unterstützt hast ... Datenschutz ade?“
Flugblatt „(Un)Heimlich rassistsich - der permanente Ausnahmezustand“
Flugblatt „Abschottung total - die Verschärfung des Einreise- und Ausweisungsrechts“
Flugblatt „Residenzpflicht abschaffen!“

„GATS stoppen!“
Faltblatt “Public services under public control!”
Faltblatt “GATS macht durstig”
Faltblatt „GATS macht dumm”
Mini-Button „GATS stoppen!” (0,50€)

„deportation class”
sondertendenz Antirassismus
Faltblatt „bording information” – Was tun bei Abschiebungen im Flugzeug?
Faltblatt „Die schönsten Ziele in der deportation class”
Faltblatt „Lufthansa Unternehmensbericht. Das Geschäft mit der Abschiebung”
Plakat „deportation class” (0,50€)

Handbücher
kein mensch ist illegal! – Handbuch gegen Abschottung & Ausgrenzung (3€)
Gegen Arbeitszwang und Billigjobs (2€)
Freiheit stirbt mit Sicherheit! Handbuch gegen Überwachung (3€)
Tipps und Tricks für den radikaldemokratischen Alltag (2€)
Broschüre gegen Totschlagargumente – Argumente gegen Jugendoffiziere (1,50€)
Give the feminist a cigarette – Feminismushandbuch (4€)

Regelmäßig neu
Schlagloch – Zeitung des Landesverbandes NRW
Zündstoff – Zeitung der Landesverbände Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg
blatt – Zeitung des Landesverbandes Berlins
LiSA-Zeitung – Zeitung der linken SchülerInnen Aktion Berlin
RadZ – Radikaldemokratische SchülerInnenzeitung des Bundesverbandes

Plakate & Mini-Buttons & Aufkleber
Zu vielen verschiedenen Themen in der Bundesgeschäftsstelle zu bestellen.

Flugblätter
Gegen den Irak-Krieg und das halbherzige Nein der Bundesregierung!
Die Verachtung völkerrechtlicher Standards - der kalkulierte Angriffskrieg
Gesundheit ist keine Ware?
Freiheit stirbt mit Sicherheit! BürgerInnenrechte verteidigen - Schilys Sicherheitsgesetze verhindern!
Jetzt erst recht: Grundrechte verteidigen!
Rot-grün diskriminiert und verfolgt fast genauso gut

Weitere Flugblätter zu vielen verschiedenen Themen findet Ihr im Internet unter www.jdjl.org

Give the feminist a cigarette – Feminismushandbuch (4€)

Regelmäßig neu
Schlagloch – Zeitung des Landesverbandes NRW
Zündstoff – Zeitung der Landesverbände Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg
blatt – Zeitung des Landesverbandes Berlins
LiSA-Zeitung – Zeitung der linken SchülerInnen Aktion Berlin
RadZ – Radikaldemokratische SchülerInnenzeitung des Bundesverbandes

Plakate & Mini-Buttons & Aufkleber
Zu vielen verschiedenen Themen in der Bundesgeschäftsstelle zu bestellen.

Flugblätter
Gegen den Irak-Krieg und das halbherzige Nein der Bundesregierung!
Die Verachtung völkerrechtlicher Standards - der kalkulierte Angriffskrieg
Gesundheit ist keine Ware?
Freiheit stirbt mit Sicherheit! BürgerInnenrechte verteidigen - Schilys Sicherheitsgesetze verhindern!
Jetzt erst recht: Grundrechte verteidigen!
Rot-grün diskriminiert und verfolgt fast genauso gut

Weitere Flugblätter zu vielen verschiedenen Themen findet Ihr im Internet unter www.jdjl.org

Aufruf zum ESF

Mit JD/JL zum Europäischen Sozialforum nach Paris!

Vom 12.-16. November findet in Paris das 2. Europäische Sozialforum statt. JungdemokratInnen/Junge Linke werden sich mit Workshops und Diskussionen daran beteiligen. Außerdem wollen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnerorganisationen im Rahmen von ENDYL (European Network of Democratic Young Left, www.endyl.org) einen Kongress zum Thema GATS veranstalten.

Politik wird zwar noch maßgeblich von den jeweiligen nationalen Regierungen bestimmt, in den letzten Jahren werden jedoch in vielen Politikbereichen zunehmend wichtige Entscheidungen auf supranationaler Ebene gefällt. Ein Beispiel hierfür ist das GATS (General Agreement on Trades in Services), ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO. Bei den dortigen Verhandlungen werden die Mitgliedsstaaten durch die Europäische Kommission vertreten.

Die zunehmende Europäisierung von Politik macht es für politische Akteure notwendig, sich auf europäischer Ebene zu organisieren, um auf dort getroffene politische Entscheidungen Einfluss nehmen zu können. So wird eine Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die europäische Ebene (z.B. Stärkung des Europaparlaments) zumindest mittelfristig auch die Entwicklung einer europäischen demokratischen Öffentlichkeit in Europa nach sich ziehen.

JungdemokratInnen/Junge Linke setzen seit Jahren den Schwerpunkt der internationalen Arbeit auf Kooperationen mit anderen europäischen Jugendverbänden, insbesondere im Rahmen von ENDYL. Das Europäische Sozialforum in Paris wird das politische Highlight des Jahres werden, zu dem alle linken europäischen Jugendorganisationen massiv mobilisieren werden. Das erste Europäische Sozialforum in Florenz hat gezeigt, dass dort ein Ort für Debatten über gesellschaftliche Alternativen geschaffen werden kann. JD/JL veranstalten deshalb im Rahmen des Europäischen Sozialforums in Paris gemeinsam mit unseren europäischen Partnerjugendverbänden einen ENDYL-Kongress. Dieser ENDYL-Kongress wird sich mit der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen im Rahmen von GATS beschäftigen,. Über diese Privatisierungspolitik wollen wir in Paris mit unseren europäischen Partnerorganisationen gemeinsam diskutieren und über Alternativen und konkrete Strategien gegen das GATS diskutieren. Auch der gemeinsame Besuch von Workshops wird viel Gelegenheit zur Diskussion bieten und die europäische Dimension vieler politischer Fragestellungen verdeutlichen.

Wenn Du Interesse an der Teilnahme am Europäischen Sozialforum mit JungdemokratInnen/Junge Linke hast, dann melde Dich so schnell wie möglich unter www.soldiarisches-europa.de an, um Dir einen Platz im Bus und die Teilnahme am ENDYL-Kongress zu sichern! Mehr Infos zum ENDYL-Kongress auf dem ESF: www.solidarisches-europa.de.

- Johannes Buchner

Broschüre gegen Totschlagargumente

Jugendoffiziere kommen in die Schulen, Kriegsdienstverweigerer werden aber nicht eingeladen. Kriegsverherrlichung erhält das Wort, antimilitaristische Einwände werden mundtot gemacht. Wir wollen mit dieser Broschüre einerseits über Jugendoffiziere informieren, andererseits konkretes Handwerkszeug bieten: Argumente, Rhetoriktipps, Aktionsvorschläge.

64 S., A5, 1,50 Euro
anschauen, lesen
und bestellen unter
www.jungdemokraten.de

Gegen Jugendoffiziere und für die Entmilitarisierung der Schulen

www.jungdemokraten.de
JungdemokratInnen/Junge Linke

Freitag
Die Ost-West-Wochenzeitung

Coupon

- ❍ Ich will mehr über euch wissen!
  - ❍ Schickt mir euer Seminarprogramm!
  - ❍ Ich will aktiv werden!
  - ❍ Ich möchte über Aktionen/ „radikal reisen" informiert werden.
  - ❍ Ich möchte lesen. Umseitig meine Bestellungen.
  - ❍ Schickt mir doch weitere Informationen zum **Thema:**

Name, Vorname:	
Straße:	
Wohnort:	
Telefon:	**eMail:**
Alter:	**Tätigkeit:**

Send to: JungdemokratInnen / Junge Linke, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Fax: (030) 440 248 66, e-mail: infos@jdjl.org

Hinweise zum Datenschutz: Deine Angaben werden von usn gespeicher und nur intern an einen unserer Landesverbände bzw. Kreisverbände weitergegeben. Eine Weitergabe an Dritte ist auf jeden Fall ausgeschlossen. Du kannst jederzeit über die gespeicherten Daten Auskunft bekommen udn ihre Berichtigung oder Löschung verlangen. Mit dem Abschicken des Coupons erklärst du dich damit einverstanden.

tendenz 2-2003

JungdemokratInnen / Junge Linke

parteiunabhängig
JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteiunabhängig.

konsequent außerparlamentarisch
JungdemokratInnen / Junge Linke sehen - im Gegensatz zur herrschenden Ideologie - keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluß begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

für radikale Demokratie
JungdemokratInnen / Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzug für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

für Emanzipation
JungdemokratInnen / Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.

Impressum:
tendenz - Magazin des Bundesverbandes und der Landesverbände der JungdemokratInnen / Junge Linke

JungdemokratInnen/Junge Linke (Bundesverband), Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin; Tel.: 030–440 248–64, Fax: -66; bgs@jdjl.org, www.jdjl.org

Redaktion: Alex Wagner(V.i.S.d.P.), Geraldine Hohn, Stefanie Mielast, Nils Matzner, Daniel Wesser, Jörg Schindler, Daniel Leisegang
Gestaltung: Daniel Leisegang
Belichtung / Druck: Union-Druck Berlin

tendenz versteht sich als offenes Publikationsorgan der JungdemokratInnen / Junge Linke. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt so lange Eigentum der JD / JL, bis sie der Adressatin oder dem Adressaten vollständig ausgehändigt ist.
tendenz kostet im Abo 4,- € pro Jahr. Im Mitgliedsbeitrag von JD/JL ist dieser Betrag bereits enthalten.